1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 16 vom 20. April 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Ostermarschierer bekommen den Roten Morgen zum halben Preis!

Reagans Glitter

Verschiedentlich mag es schon aufgefallen sein: Mal der Kongreß, mal das eine oder andere Haus des US-Parlaments äußern sich gegen Reagans Politik. Jüngst wurde es überdeutlich: Senat und Repräsentantenhaus waren gegen erneute finanzielle Spritzen für mittelamerikanische Terroraktionen. Ergebnis ihrer Einwände: Das Geld fließt. So was liegt eben in Reagans Macht. Der „Mr. President" braucht in seinen Entscheidungen auf die gewählten Abgeordneten und Senatoren auch formal keine Rücksicht zu nehmen. Daraus kann man relativ leicht schlußfolgern, daß die Wahlen zu diesen Gremien wohl keine größere Bedeutung für „Demokratie" in den USA haben. Man kann sie wählen, ja (wie in anderen bürgerlichen Demokratien auch) aber entscheiden tut der Präsident. Den darf man zwar auch wählen, aber das ganze Millionenspektakel ist so aufgezogen, daß noch viel eindeutiger als etwa in der BRD nur solche Kandidaten eine Chance haben, die durch eine Gruppierung des großen Geldes gestützt werden. Nicht wählen kann man dafür die jeweiligen Beratergruppen des Präsidenten, die in Wirklichkeit die konkrete Politik machen. Und ihre jeweiligen persönlichen Werdegänge zeigen noch engere Verbindungen zu den Dollarkönigen im Hintergrund.

Reagans Blech

Die amerikanische Regierung verlieh Orden. An die traurigen Helden des Überfalls auf Grenada. Dabei stellten sich im Nachhinein ein paar Zahlen heraus: 7000 Soldaten waren an der Aggression beteiligt. Und sie bekamen, man höre und staune, 8600 Blechstücke verpaßt. Macht immerhin eineinviertel Blech pro Kopf. Eins für jeden, der dabei war, zwei für die, die besonders viel geschossen haben, drei für die hohen Offiziere — so etwa läßt sich das ausrechnen. Unwahr ist, daß Reagan selbst vier Teile bekommen hat.

Orden für einen blutigen Überfall, Dankgebete für „den Sieg" — das ist das wahre Gesicht der „neuen Moral" des RR.

Metall: Spitzengespräch gescheitert

Urabstimmung für die 35-Stunden-Woche

Das Spitzengespräch zwischen dem Unternehmerverband Gesamtmetall und der IG Metall ist am vergangenen Dienstag nach wenigen Stunden gescheitert. Die Unternehmer hatten lediglich ihre Vorstellungen über eine Flexibilisierung der Arbeitszeit ausgebreitet, sich aber kategorisch geweigert, über die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich auch nur zu verhandeln. Nach dem Scheitern der Verhandlungen sprach der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, von Urabstimmungen Anfang Mai.



Ostern '84:

Bundesweite Aktionen für den Frieden

In über 100 Orten der Bundesrepublik und in Westberlin werden in diesem Jahr über Ostern Aktionen für den Frieden stattfinden — Ostermärsche, Blockaden, Menschenketten, Kundgebungen.

Um die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen zu verhindern, gingen in den letzten Jahren zu Ostern Hunderttausende auf die Straße. Die Stationierung hat begonnen. Wir haben sie nicht verhindern können. Aber unser Kampf für den Frieden geht weiter. Er muß weitergehen:

- *Gegen die amerikanischen Atomraketen, deren Stationierung in der Bundesrepublik bereits begonnen hat. Die Bundesregierung muß den Stationierungsbeschluß zurücknehmen. Alle Massenvernichtungswaffen müssen deutschem Boden verschwinden!*
- *Gegen die aggressiven Militärstrategien, wie sie im Air-Land-Battle-Konzept festgelegt sind, gegen die zweite „Nach"rüstungswelle im konventionellen Rüstungssektor, die damit verbunden ist; gegen das aggressive NATO-Bündnis überhaupt. Die Bundesrepublik muß raus aus der NATO und eine strikte Neutralitätspolitik betreiben.*
- *Gegen die Aggressionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika.*
- *Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau. Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.*
- *(Weitere Berichte und Artikel zum Thema auf den Seiten 6 und 7)*



Solidarität mit dem kämpfenden Volk

Nicaragua unter Feuer

CIA und Contras im Auftrag des US-Imperialismus

Das kleine Nicaragua, „Nicaragua libre", freies Nicaragua, wie es sich seit dem Sturz der Somoza-Diktatur stolz nennt, liegt unter Feuer. Mit der Verminung der Seehäfen, bewaffneten Aktionen an der Nordgrenze und im Süden, wo erstmals eine Stadt besetzt wurde, nimmt der Druck auf das Land enorm zu.

Nicaragua protestierte beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag und klagte, daß „die Vereinigten Staaten militärische und paramilitärische Aktionen in und gegen Nicaragua bemannen, trainieren, bewaffnen, ausrüsten, finanzieren, beliefern und auf andere Weise ermutigen, unterstützen und dirigieren."

All das — tausendfach bewiesen, auch in Washington offen zugegeben — ficht Ronald Reagan, das Oberhaupt des US-Imperialismus nicht an. Der unerklärte Krieg gegen Nicaragua soll weitergehen, die Urteile des Haager Gerichts werden von den USA nicht mehr anerkannt. **Mehr zum Thema auf Seite 11.**

1. Mai '84

Arbeit für alle!



Der 1. Mai in diesem Jahr steht ganz im Zeichen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Ein Kampf, der nicht nur die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Metallindustrie angeht, sondern alle, die nicht tatenlos zusehen wollen, daß es mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau immer weiter geht, nur weil es für die Unternehmer so am besten ist.

Demonstrieren wir am 1. Mai gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und die Verschlechterung unserer Lebenslage. Für Arbeitermacht und Sozialismus. Denn Sozialismus schafft Arbeit für alle!

Presseerklärung

Mannheimer Polizei schoß auf türkische Mitbürger

Ein niederträchtiges Beispiel der Ausländerfeindlichkeit spielte sich am 13. 4. 1984 in Mannheim ab. Zwei Mitglieder des Arbeiterbundes Mannheim, Sinan Ciçek und Turgay Kesici, wurden um 22.00 Uhr, nachdem sie das Vereinslokal abgeschlossen hatten, von einer dreiköpfigen Gruppe aufgehalten und als „Türkenschweine" beschimpft. Bülent Öztoplu und Kenan Bekar, die die Flüche der Gruppe gehört hatten und ihre Freunde vor Prügeln retten wollten, wurden von mehreren Schüssen, die die Gruppe abfeuerte, getroffen. Kenan Bekar wurde von einem der Schützen, der keine Munition mehr hatte, mit der Pistole auf den Kopf geschlagen und verletzt. Die Mitglieder des Arbeiterbundes Mannheim, die die Aggressoren für Neonazis hielten, flüchteten in das nächste Polizeirevier. Doch hier bekamen sie statt Hilfe eine Tracht Prügel, obwohl sie lebensgefährlich verletzt waren. Hier mußten sie feststellen, daß die Aggressoren zivile Polizisten waren.

Der Arzt im Krankenhaus, in das die Verletzten eingeliefert wurden, teilte mit, daß die Möglichkeit einer bleibenden Behinderung für Turgay Kesici nicht auszuschließen ist. Bülent Öztoplu mußte sofort operiert werden. Enver Erdem, der sich nach dem Zustand seiner Freunde erkundigen wollte, wurde von der Polizei festgenommen. Die Polizei drang um Mitternacht in das Vereinslokal ein und machte Fotos vom Inneren des Vereins. Es liegt auf der Hand, daß dieser Vorfall ein Komplott ist.

Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei

BRD-Schlaglichter '84

Anlegen und abstoßen

In einem Gutachten für das Bundesbauministerium stellt eine Komission der GEWOS (Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen) fest, daß die Zahl derer, die eine gekaufte Mietwohnung schnell wieder abstoßen, immer weiter zunimmt.

Ein wachsender Teil verkauft schon nach zehn Jahren — private Vermögensanlage in Mietwohnungen, heißt das schön neutral. Zahlreiche und nahezu unübersehbare Steuervorteile für Großverdiener haben daraus in den letzten zehn Jahren ein Spitzengeschäft gemacht. Mehrere tausend Großverdiener in der BRD legen das alljährlich so an, daß sie keine müde Mark mehr an Steuern bezahlen müssen und unter dem Strich noch Förderungsgelder kassieren.

Irgendwelche Maßnahmen gegen diese Zustände wollte die Kommission nicht vorschlagen, der Minister auch nicht verwirklichen, im Gegenteil: Bauminister Schneider bekräftigte seine Absicht, bei wachsendem Einkommen auch künftig wachsende Steuerentlastung zu gewähren. Bezahlen müssen das Ganze die Mieter — sei es direkt oder über Steuergelder, die als Wohngeld in die Kassen vor allem der Großeigentümer fließen.

Steuerklasse — Klassensteuer

Über 396 Milliarden Mark wurden 1983 an Steuern bezahlt. Dabei stieg die Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahr um 4,4 Prozent auf 129 Milliarden an, die Einkommenssteuer sank um 7,6 Prozent auf 28,3 Milliarden Mark. Zusätzlich wuchsen die Steuerrückstände auf sage und schreibe 16,5 Milliarden — von der Lohnsteuer fehlte dabei, getreu dem System des Sofortabzugs, so gut wie nichts. Dagegen an Einkommenssteuer 6,25, an Körperschaftssteuer 1,2 und an Umsatzsteuer 5,2 Milliarden Mark.

Zu all den Steuertricks von Unternehmen und Großverdienern kommt also noch ein ganz anderer hinzu: einfach nicht zahlen. Undenkbar im Steuersystem dieses Staates, daß einmal über 20 Prozent der Lohnsteuer nicht bezahlt würde, wie es letztes Jahr bei der Einkommensteuer der Fall war.

Wer hat, der hat

Horst Dieter Esch, lange Zeit gehätscheltes Wunderkind bundesdeutscher „Aufstiegsmöglichkeiten" hat mit seiner IBH — Pleite gemacht. Andere Firmen, wie Wibau und Hanomag gerieten in den Strudel. Die Zahl der Arbeitslosen stieg durch Herrn Eschs Geschäfte um einiges an. Nun sollte er in Haft, bis zu seinem Prozeß. Aber wo andere aufs Arbeitsamt gehen, ist so ein kapitalistischer Pleitegeier noch lange nicht arm. Die geforderte Kaution von 1 Million Mark jedenfalls kann er ohne weiteres aufbringen. Stimmen, die eine gesetzliche Änderung bei Pleiten usw. fordern, sind in den letzten Jahren leiser geworden — obwohl es keinen Grund gibt.

EG-Parlament stellt Persilschein aus

Sympathie für die Folterknechte in der Türkei

Die sozialistische Fraktion im EG-Parlament hatte also einen Antrag eingebracht. Die EG sollte zugunsten der in türkischen Gefängnissen steckenden politischen Gefangenen intervenieren. Das wurde abgelehnt. Wortführer der Evren-Freunde im EG-Parlament war ausgerechnet Herr Otto. Der von Habsburg nämlich. Er forderte mehr Verständnis für die Türkei, man dürfe sie auf ihrem Weg zur Demokratie nicht alleine lassen.

Daß Otto von Habsburg unter Demokratie so ziemlich das gleiche verstehen mag wie Kenan Evren, das kann nur für den überraschend sein, der das Wirken beider bisher nicht kennt. Daß das EG Parlament seine heuchlerischen Erklärungen zur Türkei über Bord wirft und Tacheles redet, Sympathie für Evrens Folterknechte ausdrückt, ist ein politischer Skandal, auch wenn er nicht überraschend kommt.

„Man darf die Türkeit auf ihrem Weg zur Demokratie nicht alleine lassen" — bis hierher herrscht die große Einheit. Danach gibt es drei Strömungen. Die Konservativen Europas, die nicht müde werden zu unterstreichen, wie sehr sie die Generalsdiktatur schätzen, sofern es, für den sauberen Schein, ein Parlament gibt. Die Sozialdemokraten (die durchaus gespalten sind), wo vor allem die SPD ihre eigene Regierungspolitik nicht einfach wegwischen kann, und deshalb die „Mutterlandpartei" immer besser findet. Und schließlich all jene, die der Meinung sind, daß der Weg der Türkei zur Demokratie nur über den Kampf gegen dieses Regime der von der NATO bezahlten Folterer gehen kann.

Daß gerade aus der BRD — und der Kaiserproß von Austria ist ja nun für die CSU in diesem „hohen Haus" — die entschlossensten Töne zur Unterstützung des türkischen Regimes im neuen Gewand kommt, ist eine Fortsetzung dessen, daß schon seit dem Putsch vom September 1980 aus der BRD die meisten Geld- und Materialströme für die Diktatur von Ankara flossen.



Alle Jahre wieder: Rekordgewinne der Großbanken

545 Millionen Mark für die Aktionäre

Alle Jahre wieder sind Rekordgewinne der Großbanken zu vermelden. Für das vergangene Jahr schlägt sich das auch massiv in der Dividendenausschüttung der Deutschen Bank, Dresdner Bank und Commerzbank nieder. Zusammen zahlen sie ihren Aktionären 545 Millionen Mark aus, eine Steigerung von 158 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr. Aber diese Ausschüttung gibt nur einen kleinen Ausschnitt dessen wieder, was die Banken an Krise und Arbeitslosigkeit verdienen.

Natürlich sind hier, wie in der kapitalistischen Praxis üblich, zahlreiche Tatsachen nicht angeführt oder nur verzerrt dargestellt. So gibt es in den veröffentlichten Bilanzen keine konkreten Angaben über die jeweiligen Betriebsergebnisse. Es werden nur die Teilbetriebsergebnisse der jeweiligen Mutterbanken angegeben. (D.h.: Gewinn aus Zinsen und Provision weniger Gehälter, Sozialabgaben und Sachaufwand). Somit kommen die Gewinne aus Aktienhandel, Devisen- und Goldhandel gar nicht vor, die beträchtliche Teile ausmachen. Bei der Dresdner Bank, die ein Teilbetriebsergebnis von 1,15 Milliarden ausweist, wird das Gesamtergebnis auf sage und schreibe das Doppelte, nämlich 2,3 Milliarden, geschätzt. Im ähnlichen Verhältnis liegt es auch bei der Deutschen Bank, die ein Teilergebnis von 2,04 Milliarden ausweist. Auf diese Weise lassen sich Jahresüberschüsse von rund 7,5 Milliarden schätzen, von denen nach der Steuer noch 6 Milliarden „bleiben". Jeweils rund eine halbe Milliarde für die Dividende und die offenen Rücklagen, mit dem Rest wird das Kreditvolumen, das im letzten Jahr schon weit über 180 Milliarden Mark betrug (und damit — sehr grob gerechnet — rund 3/4 der Größe des Bundeshaushaltes) erhöht.

Es gibt keine konkreten Angaben darüber, wieviele Kredite auf verschiedenste Weise an „den Staat" gegeben wurden, und wieviel allein diese drei Banken dadurch an der Staatsschuld verdient haben. Ebenfalls keine gesammelten konkreten Angaben gibt es darüber, wieviel Zinseinnahmen aus Krisenbranchen der Wirtschaft stammen, in denen dadurch „rote Zahlen" geschrieben wurden. Erinnert sei nur daran, daß vor einigen Jahren, als Hoesch in Dortmund eine Bilanz mit einem Verlust von über 200 Millionen Mark vorlegte, zugleich 300 Millionen an Zinsen usw. an die Deutsche Bank abgeführt wurden.

Die drei Großbanken der BRD, diese Finanz- und Machtzentren des westdeutschen Großkapitals sind die Hauptkrisengewinnler, dieser alljährliche Tatsache bestätigt sich auch dieses Jahr aufs neue.



Startbahn West — in aller „Stille" war sie eingeweiht worden. Nachdem sich die hessische Landesregierung geweigert hatte, das Volk zu befragen, ob es diese Bahn wolle, war die Absicht nun, nur ja nichts mehr auszuwählen. Mehrere Gegenaktionen verhinderten die „Stille". Bei den militanten Protesten am Wochenende legte die bürgerliche Propaganda aller Couleur wieder einmal die Platte der armen verhauenen Polizei auf, (wozu im Fernsehen ungeschickterweise Bilder von recht schmal gewachsenen Jugendlichen gezeigt wurden, die serienweise festgenommen wurden).

Zimmermanns „bubble"

Umweltschutz wie in USA

Nachdem die Bundesregierung innerhalb einer Woche zwei Berichte des Innenministeriums zum Thema Umwelt verabschiedet hatte (siehe auch die letzte Ausgabe des RM) fühlte sich der Minister bemüßigt, „seiner" Umweltpolitik einen theoretischen Rahmen zu geben. Kernthese: Machen wir es wie in den USA. Bemerkung dazu: Das Land mit den übelsten regionalen Auswirkungen im Bereich Umweltschutz.

„Seit Übernahme meines Amtes als Bundesinnenminister habe ich keinen Zweifel daran gelassen, daß dauerhafte Erfolge im Umweltschutz nur auf der Grundlage unserer marktwirtschaftlichen Ordnung und nicht im Widerspruch zu ihr erzielt werden können."

Nun ist es ja zum einen so, daß die Erfahrung gegen diese Aussage spricht, denn bisher ist auf diese Weise wenig erreicht worden. Das Prinzip soll ausgesprochen so sein: „Der Grundgedanke dabei ist, daß die Entscheidungsspielräume der Unternehmen innerhalb des umweltrechtlichen Rahmens vergrößert werden müssen, um sie in die Lage zu versetzen, die im Einzelfall ökologisch und ökonomisch beste Lösung zu realisieren."

Und das ist in der Tat eine Richtungsänderung gegenüber der Umweltpolitik, wie sie von der vorigen Regierung — auf dem Papier — formuliert wurde. Es ist die Gegenthese zu deren Formulierung von der „individuellen ordnungsrechtlichen Verpflichtung" sprich: öffentlicher Vorschriften. Eine Politik der SPD, die im wesentlichen von Schlupflöchern und Ausnahmen, von Korruption und Beziehungen und örtlicher Wirtschaftsmacht geprägt war, aber eben, weltanschaulich, nicht den „freien Unternehmer" als Retter aus der Umwelt darstellte, wie es nun Zimmermann tut.

Praktisch schlägt sich dies, bisher vor allem bei der sogenannten TA Luft in der „Sanierungsklausel" nieder. Das besagt, daß es einem Unternehmer überlassen bleibt, welche seiner Anlagen er wie ergänzt, um im Durchschnitt bestimmte Luftverschmutzungswerte (einmal davon abgesehen, wie diese im Konkreten aussehen) nicht zu überschreiten. „Ein ähnlicher Grundgedanke liegt im übrigen dem US-amerikanischen Bubble-Konzept zugrunde".

„Bubble" bekannt von Kaugummi, soll hier „dehnbar" heißen und den Kapitalisten genau diesen Spielraum einräumen, daß sie von Anlage zu Anlage selbst entscheiden können. Was in dem Riesenland USA dazu geführt hat, daß es in verschiedenen Regionen zu verheerenden Auswirkungen kam. Unternehmer, bisher schon erfolgreich im Kampf auch gegen solche beamteten Umweltschützer, die es ernst meinten, werden diese so geschaffene neue Lage bestimmt zu schätzen — und zu nutzen — wissen.

Sondergesetz — eine Provokation

Man werde, so der gemeinsame öffentliche Tenor aus Bonn, ein Sondergesetz verabschieden, wenn Honecker auf Besuch in die BRD kommt. Dies sei nötig, denn ansonsten müßte man ihn ja nach westdeutschen Gesetzen verfahren.

Klingt ja erst mal einleuchtend, wenn man mal davon ausgeht, daß ansonsten die DDR stets als „Unrechtsstaat" usw. bezeichnet wird. Eine großzügige Geste, sozusagen, damit Gespräche stattfinden können. Gerade diese Geste aber keine Spur. Gerade jetzt war Günther Mittag anschließend an die Hannover-Messe noch in Bonn. Und der ist ja nun auch in Politbüro und Staatsrat, wäre also eigentlich ebenso zur Verantwortung zu ziehen — wenn das überhaupt ginge. Aber bei seinem Besuch war von so etwas nicht die Rede. Und zwar nicht, weil man sich in Bonn eines Besseren besonnen hätte. Sondern weil ein solcher Besuch nichts hergibt für eine raffinierte Hetzkampagne. Honecker aber eben schon.

Mit dem geplanten Sondergesetz will man in Bonn die eigenen revanchistischen Vorstellungen mit einer geheuchelten Großzügigkeit tarnen. Mit provozierender Großzügigkeit, sozusagen.

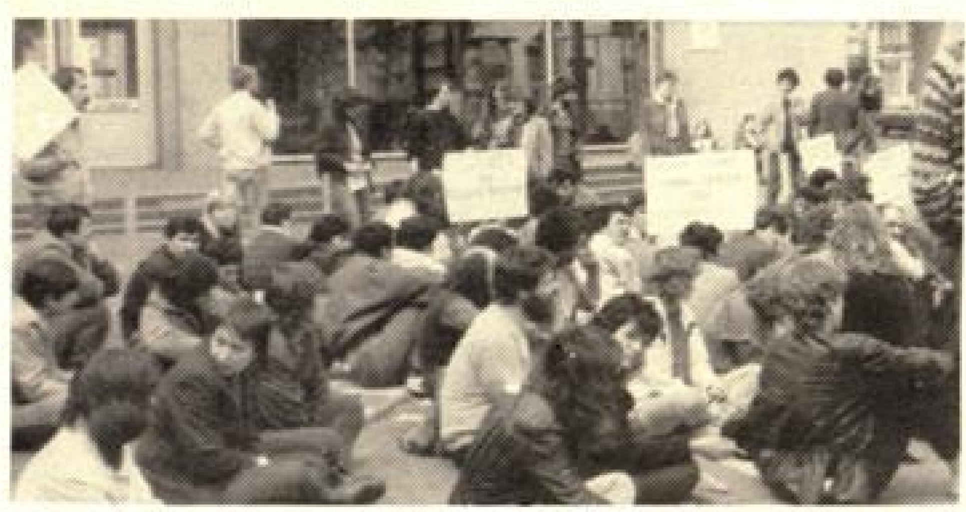
Ankündigung

Die gemeinsame Beilage von BWK, FAU, KPD und NHT zu ihren Organen, die auf einer gemeinsamen Sitzung beschlossen und deren Erscheinungsdatum auf der ersten Redaktionskonferenz auf den 18. April angesetzt worden war, wird dem „Roten Morgen" der kommenden Woche beiliegen. Da die Beilage einen Umfang von 12 Seiten hat, wird der „Rote Morgen" in der nächsten Woche nur mit acht Seiten Umfang erscheinen.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.


Protest in Köln

Meldungen

Polizeidirektor: Arbeiter sind kriminell

Hanau. — Der Hanauer Polizeidirektor Herbert Gallus interpretierte auf einer Pressekonferenz die gewachsene Zahl von Kriminalfällen im Main-Kinzig-Kreis auf seine Weise: Dies habe damit zu tun, daß eben im Kreis der Arbeiteranteil an der Bevölkerung besonders hoch sei. Frei nach dem Motto: Arbeiter sind sowieso kriminell. Zwei Landtagsabgeordnete der SPD organisierten dazu eine eigene Pressekonferenz, in der sie die Verhetzung des Herrn Polizeidirektors zurückwiesen. Besonders befaßten sie sich mit Gallus Behauptung, gerade an der wachsenden Zahl von Eigentumsdelikten seien eben die Arbeiter besonders beteiligt. Die Abgeordneten wollen eine Anfrage an den Innenminister richten.

Nun: Es mag ja sein, daß unter Arbeitern eine andere Haltung zur Frage des Eigentums besteht, als es in den Kreisen üblich ist, in denen ein so feiner Herr Landpolizist verkehren darf. Vor allem besteht weitaus weniger Eigentum. Aber dafür könnte man ja dem Herrn Gallus sein wichtigstes Eigentum, seinen Titel, wegnehmen.

Autoren verweigern Vernehmung

Westberlin. — Am Montag, den 9. April weigerten sich sechs Berliner Autoren der Ladung des Staatsanwaltes zur Vernehmung zu folgen. Gegen sie wird ermittelt wegen „Verdachts auf Werbung für eine terroristische Vereinigung". Die Autoren hatten gegen den Prozeß gegen die Journalisten Härlin und Klöckner protestiert und dabei Exemplare der Zeitschrift „radikal" verteilt. Sie verurteilten den Prozeß als Angriff auf die Pressefreiheit. Die daraufhin aufgenommenen Ermittlungen gegen sie bezeichneten sie als „Umfunktionieren" ihrer Aktion.

Möcklinghoff: Nix Graue Wölfe da ...

Hannover. — Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) hat das Probelm des Wirkens türkischer Faschisten in der BRD gelöst. Auf eine Anfrage der SPD im niedersächsischen Landtag erklärte er, es gäbe in der BRD keine Grauen Wölfe. Zwar gäbe es die „Idealistenvereine", aber die hielten sich an die Gesetze der BRD und hätten nichts mit der nichtexistierenden Faschistenbande zu tun. Und wo es zu Gewalttaten gekommen sei (das können ja nun mal keine Geister gewesen sein können), so sei dies eben die Aktion einzelner aus den Kreisen dieser Vereine. Das scheint ja nun, nach BRD-Erkenntnissen offensichtlich eine internationale Organisationsform des heutigen Faschismus zu sein: alles Einzeltäter, ob Deutsche oder Türken. So frech geleugnet hat das terroristische Wirken der Grauen Wölfe schon lange keiner mehr — aber Herr Möcklinghoff ist dazu fast ausersehen. Seine vielfältige Hilfestellung für Polizeiausbildung in Salvador und Chile lassen ahnen, daß es auch dort keine Faschisten gibt, sondern nur Demokraten. In Möcklinghoffs Sinn, versteht sich.

Vertrauensschwund in Gerichte

Allensbach. — Anfang April veröffentlichte das Institut für Demoskopie in Allensbach (jedem Linksverdacht sei vorgebeugt: es handelt sich um das Institut der Frau Noelle-Neumann) die Ergebnisse einer Umfrage über das Ansehen bundesdeutscher Richter in der Öffentlichkeit. Demnach sind nur noch 26 Prozent der Befragten voll des Vertrauens in die Richterschaft. 1978 waren es bei derselben Umfrage noch 40 Prozent gewesen. Kein volles Vertrauen hatten diesmal schon 31 Prozent, unklar waren sich 35 Prozent. Im Alter von 16 bis 29 Jahren gab es ganze 19 Prozent vertrauensvolle Befragte.

Die Befrager sehen politische Gründe als Ursache und verweisen dazu auf eine spezielle Befragung zur „Startbahn West". Da wurde gefragt, ob es richtig sei, dem Urteil des höchsten Gerichts zu folgen oder ob trotzdem weiter Widerstand geleistet werden solle. Nur 45 Prozent waren der Meinung, man müsse sich beugen, 34 waren glattweg dagegen. Bei der jugendlichen Altersgruppe waren es sogar 49 Prozent, die sich nicht ums Gerichtsurteil kümmern wollten.

Was übrigens nicht gefragt wurde: Wer denn voller Mißtrauen gegen die bundesdeutschen Gerichte sei. Darüber hätten ihnen bestimmt nicht nur Genossen unserer Partei gerne Auskunft gegeben.

Abgeschoben? Flieg doch Lufthansa!

Frankfurt. — Die „Deutsche Lufthansa" füllt ihre Maschinen. Bis zu vier abgeschobene Personen sollen pro Flug „mitkommen". Dazu wurde jetzt besonders im „Purser-Info" Anweisung gegeben, wie diese Chefs der Flugkabine vorzugehen haben, da in der Regel kein „Sicherheitspersonal" mitfliegt. Die Behörden sparen, die Lufthansa verdient am gesteigerten „Umsatz". Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" protestierten in der ÖTV organisierte Purser gegen diese Abwälzung polizeilicher Funktionen auf sie. Dabei wurde auch bekannt, welches denn die „beliebtesten Flugziele" Abschobener sind. Die Türkei an erster Stelle, hin zu Evrens Sonderbehandlung. Aber auch Iran, Chile, Pakistan, Indien, Gabun und Äthiopien stehen ganz vorne in der Rangliste.

Antifaschistentreffen im Ruhrgebiet

Wattenscheid. — Am 15. April trafen sich rund 150 Antifaschisten aus verschiedensten Orten des Ruhrgebiets und zahlreichen Organisationen, um über Möglichkeiten und Notwendigkeiten gemeinsamer Aktivitäten gegen Faschisten zu sprechen.

Am Vormittag gab es eine Reihe konkreter Berichte über faschistische Umtriebe an einzelnen Orten. Darüber wurde ein Protokoll verfaßt, dazu ein allgemeiner Adressenaustausch organisiert, um besser überörtlich organisieren zu können.

Am Nachmittag gab es eine Diskussion über die Möglichkeit Ruhrgebietsweiter antifaschistischer Aktionen, wo für den Herbst eine vorgesehen wurde. Noch vor dem Sommer soll eine zweite Konferenz folgen, wobei auch die umstrittene Forderung nach dem NPD-Verbot diskutiert werden soll. Eine Demonstration gegen den Landesparteitag der NPD/NRW am 28.4. in Wiehl bei Gummersbach (Bürgerzentrum) wurde vorsorglich angemeldet. (Hier prozessiert die NPD noch gegen die Stadt, die ihr den Saal wegen „Doppelbelegung" wieder nehmen will ...)

Zivilpolizisten feuerten auf Arbeiter aus der Türkei

Mannheim: Zimmermanns Ausländerpolitik in Polizeimanier

Die Schüsse, die am vergangenen Freitagabend in Mannheim fielen, müssen genau so verstanden werden: Es ist die ausländerfeindliche Politik dieser Bundesregierung, die hier mit bekannten Polizeimethoden verwirklicht wird. (Siehe die Presseerklärung auf Seite 3 zum Gang der Ereignisse). Wo zuerst Nazis als Provokateure und Schützen vermutet wurden, stellte es sich heraus, daß es sich um Mannheimer Zivilpolizisten handelte.

In Mannheim hat sich daraufhin ein Untersuchungsausschuß gebildet, dem zur Stunde 26 Organisationen angehören. Auch in Köln wurde in diesem Fall ein Zusammenschluß von über 20 Organisationen bereits am vergangenen Wochenende aktiv und organisierte eine Protestaktion vor dem Polizeipräsidium. Pressekonferenzen in Hamburg und Frankfurt leiten auch hier Aktivitäten ein. In Mannheim (Marktplatz) und Köln (Domplatz) finden am Mittwoch den 18. April (nach Redaktionsschluß) um 17 Uhr eine Demonstration bzw. Kundgebung statt.

Von den überfallenen Kollegen aus der Türkei befinden sich noch drei im Krankenhaus. Die bisherigen Arbeiten des Mannheimer Untersuchungsausschusses haben bereits eine Reihe Kontakte ergeben, bei denen ausländische Mitbürger bereit sind, über eine Verschärfung der Polizeiverfolgung von ausländischen Arbeitern in letzter Zeit auszusagen. Ähnliches ahnend fand wohl zu Einschüchterungszwecken am selben Freitagabend eine größere Razzia, in verschiedenen Lokalen, statt, bei der es mindestens neun vorläufige Festnahmen von Jugendlichen aus der Türkei gab.

Eine Politik, die vielfältige Methoden zur Verdrängung ausländischer Arbeiter umfaßt und fördert — die führt schnurgerade auch zum systematischen Polizeiterror gegen diese Menschen. Mannheim ist hierfür ein Fanal, das alle Demokraten zur Aktivität ruft!



Polizeitung Nummer 2 erschienen!

Kürzlich erschien die zweite Ausgabe der „Dortmunder Polizeitung". Schon die erste Nummer der Initiative „Bürger beobachten die Polizei" hatte in einschlägigen Kreisen große Aufmerksamkeit hervorgerufen bis hin zum Polizeipräsidenten Manner. Ein Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist der Artikel „Dortmunder Polizeiskandal — Kein unerklärliches Phänomen", der sich mit den Hintergründen der Diebstähle des Schutzbereiches West befaßt, die zu Anklagen gegen 18 Polizisten geführt hatten. Wieder ein Schwerpunkt: Die Widerlegung der alltäglichen dichterischen Freiheit der Pressestelle der Polizei, und, und, und ... Das Thema ist groß. Die zweite Ausgabe hat 20 Seiten, kostet 2 Mark und ist zu beziehen über: Bücherstube, Große Heimstr. 62, 4600 Dortmund 1

Korrespondenz

Protest gegen Veranstaltung der „Deutschen Volksunion" in Kiel

Auch in Kiel lud die Deutsche Volksunion (DVU) zu einer Veranstaltung mit David Irving ein und auch das Thema war das gleiche wie in den anderen Städten. (s. auch im letzten RM). Erfahren hatten wir von der ganzen Sache am Tag der Veranstaltung selbst durch die VVN, die es ihrerseits aus der „Nationalzeitung" hatte. Sofort wurde die antifaschistische Telefonkette in Gang gesetzt, und es versammelten sich, trotz kurzer Mobilisierungsfrist von nur wenigen Stunden, immerhin 80 Antifaschisten aus diversen Organisationen, darunter auch Genossinnen und Genossen der Partei.

Stattfand die ganze Geschichte im Kieler Yacht Club, Absteige der Kieler Bourgeoisie (weswegen er gegen Ende des Krieges von einer Widerstandsgruppe mal in die Luft gejagt worden war). Außer den Antifaschisten waren auch jede Menge Grüne (Bullen) gekommen, die für die Durchführung der Nazi-Veranstaltung sorgten. Dabei gingen sie ziemlich brutal vor.

Wir bekamen so wieder einmal Anschauungsunterricht über die politischen Verhältnisse in diesem Staat. Einer der Antifaschisten wurde auf eine üble Art festgenommen, weil er versucht hatte, wie die anderen natürlich auch, den Nazis den Weg zu versperren. Wieviel Nazis es waren, läßt sich schwer sagen, da es auch noch einen Hintereingang gab und im selben Gebäude auch noch eine Bourgeoisie-Feier lief, aber ich schätze, es waren etwa 50.

P.S.: Das Ganze passierte am Dienstag, den 12.4. abends.

Verfassungsschutzbericht 83

Zimmermann findet Nazis langweilig

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für die Öffentlichkeit machte es Innenminister Zimmermann überraschend kurz: Eigentlich, so der Tenor, steht alles zum besten. Die Linken hat man im Griff, die Rechten sind seiner Meinung nach sowieso nicht vorhanden. Daß das ganze wie stets sehr einseitig ist, das zu vermelden ist nun wahrlich keine Neuheit.

Nun ist es sicher so, daß die Vorstellung dieses angeblichen Berichts ausschließlich jeweiligen Propagandazwecken dient und nicht die Arbeit des Geheimdienstes widerspiegelt. Zimmermann nutzte die Gelegenheit also nicht dazu, neue Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte zu fordern, sondern dazu, sich als Garant von Ruhe und Ordnung zu profilieren. Das kann morgen schon anders sein, notfalls erzeugt man die passende Stimmung.

Eine eigentliche Rechenschaftslegung dieses Geheimdienstes, daran muß hier erinnert werden, findet in Wirklichkeit nicht statt — weder in der Öffentlichkeit noch im Parlament, wo der entsprechende Ausschuß ja ganz bewußt unter Ausschaltung der Grünen gebildet wurde. Obwohl es gerade da genügend Fragen gäbe, die wirklich interessant sind. Nicht nur nach eingeschleusten Provokateuren und Lockspitzeln, sondern auch nach Zusammenarbeit mit dem „Beobachtungsobjekt" Rechtsradikale.

Da paßte es dann auch ins rechte Weltbild, daß Zimmermann die Frage, warum wieder Waffen-SS usw. ausgenommen sei von der Beobachtung, unter anderem mit dem Hinweis abtat, er finde diese Frage allmählich langweilig. Ob das daran liegt, daß er das alles so gut kennt?

Grüne Abgeordnete in Hessen gegen Aussperrung

Die Abgeordneten der Grünen im hessischen Landtag haben in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, „keine Polizei einzusetzen, um im Aussperrungsfall besetzte Betriebe von Arbeitnehmern zu räumen". Weiter fordert der Antrag den hessischen Landtag auf, jeden Fall von Aussperrung in Hessen als Bruch der Verfassung (die hessische Verfassung verbietet die Aussperrung — RM) zu betrachten und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen einzuschreiten.

Wir meinen: eine sehr begrüßenswerte Initiative, der alle Abgeordneten, die sagen, sie stehen auf der Seite der Gewerkschaften, zustimmen müssen — wenn sie ihre Worte ernst meinen. Denn die Aussperrung der Unternehmer ist gegen die einzige wirksame Waffe gerichtet, die die Belegschaften im Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen haben. Aussperrung muß verboten werden. Wer aussperrt, gehört eingesperrt.

Materialien gegen die Aussperrung

Neu erschienen!

Eine Broschüre der Volksfront zum Verbot der Aussperrung. Mit einem Rückblick auf die Geschichte der Aussperrung, Stellungnahmen zu den Urteilen des Bundesarbeitsgerichts usw. usf.



Zu bestellen bei der Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, Mariahilfstr. 31, 5100 Aachen.







Aufkleber und Anstecker zu bestellen beim RM-Verlag, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund, Stück 1,— DM, bei größeren Bestellungen Mengenrabatt.

Maiaufruf des Zentralkomitees der KPD

Kolleginnen und Kollegen!

In diesem Jahr ist es besonders wichtig, daß die Demonstrationen und Kundgebungen des 1. Mai machtvoller Ausdruck unserer Solidarität und Kampfbereitschaft werden.

Gegen uns steht an diesem 1. Mai geschlossener und machtbewußter als in den vergangenen Jahren die vereinigte Front von Kapital und politischer Reaktion. In der zentralen Auseinandersetzung um unsere Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich wird das besonders deutlich.

Obwohl die Unternehmer wissen, daß ohne Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit das Arbeitslosenheer in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf über fünf Millionen anwachsen wird, haben sie die Festschreibung der 40-Stunden-Woche zu einer Frage gemacht, an der sie die Machtprobe mit den Gewerkschaften suchen.

Es geht jetzt darum, mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bestehende Arbeitsplätze zu sichern, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit einen spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit zu erzwingen.



Es geht aber auch darum, gegenüber der Herausforderung durch Kapital und Bonner Wenderegierung die Durchsetzungswillen und die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften zu behaupten.

Seit der Wende in Bonn tritt die politische Macht offener und unverhohlener als Erfüllungsgehilfe des Kapitals auf. Die Flick-Affäre zeigt, wie in unserem System Milliarden zu politischer Macht werden. Mehr als die Spitze des Eisbergs ist das nicht. Das große Kapital regiert in diesem Land — seit dem Antritt der Bonner Rechtskoalition kaum noch am den Schein der Unabhängigkeit der Regierung bemüht.

Wann immer ein Bonner Minister sich zur Frage der Arbeitszeitverkürzung äußert, wiederholt er die Argumente der Unternehmer, diffamiert er die Gewerkschaften, hetzt er gegen unsere Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Je klarer und eindeutiger zu Tage tritt, daß die politische Macht in Wirklichkeit in den Händen der ausschlaggebenden Kapitalskreise liegt, desto deutlicher wird auch, daß die Arbeiterklasse politische Macht braucht, um die existenziellen Probleme, denen sie sich gegenübersieht, zu lösen.

Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Verschlechterung unserer Lebenslage gibt es nicht, weil dieses Land arm ist, weil ihm das Produktionspotential fehlt, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen, der Jugendlichen und Rentner zu verwirklichen. Dieses Land ist reich, besitzt ungeheure Produktivkräfte. Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Verschlechterung unserer Lebenslage gibt es, weil die alles bestimmenden Gesetze des kapitalistischen Profits verhindern, daß der Reichtum, den die Werktätigen schaffen, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verwandt wird.

Wenn wir an diesem 1. Mai gegen die vereinigte Front von Kapital und politischer Reaktion, gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für die Forderung „Arbeit für alle!“ demonstrieren, dann gilt es auch zu erkennen: dieser Kampf für unsere unmittelbaren Interessen und Forderungen wird uns notwendig an den Punkt führen, an dem die Forderung nach Brechung der bürgerlichen Macht und Beseitigung des Kapitalismus, nach Arbeitermacht und Sozialismus zur Bedingung für jeden weiteren Fortschritt für die Arbeiterklasse wird.

An diesem 1. Mai demonstrieren wir unsere Solidarität — auch und vor allem mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Wir demonstrieren unsere internationalistische Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, mit allen Menschen, die gegen Unterdrückung und Ausbeutung und gegen die Kriegspolitik des Imperialismus kämpfen.

In diesem Sinne rufen wir euch auf: Heraus zum 1. Mai! Beteiligt euch an den Demonstrationen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Fortsetzung von Seite 1

Der IGM-Hauptvorstand hatte vor dem Spitzengespräch seine Entschlossenheit bekundet, Urabstimmung und Streik zu vermeiden. Die Verhandlungsdelegation der IG Metall (Hans Mayr, Franz Steinkühler, Hans Janßen und Hauptkassierer Norbert Fischer) soll beim Spitzengespräch sich über mehrere Jahre erstreckenden Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche vorgeschlagen und für 1984 nur einen Einstieg gefordert haben. Außerdem soll sie den Unternehmern längerfristige Laufzeiten beim Lohntarif angeboten haben.

Die Unternehmer aber bestanden darauf, die 40-Stunden-Woche im Tarifvertrag festzuschreiben. Man muß folglich sagen, daß das Spitzengespräch eher an der starren Haltung der Kapitalisten als an der Entschlossenheit des IG-Metall-Vorstandes zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich scheiterte.

Die Kompromiß-Angebote, die die Verhandlungsdelegation der IG Metall den Unternehmern beim Spitzengespräch machte, dürften in den Betrieben keinen Rückhalt haben. Die Mehrheit, die die Bewegung für die 35-Stunden-Woche trägt, sieht in der Beschäftigungswirkung das stärkste Argument. Gerade dieses Argument aber wird demontiert, wenn von Gewerkschaftsseite nur noch ein sich über mehrere Jahre erstreckender Stufenplan zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wird. Die Bereitschaft, sich für eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit auch noch einen Reallohnverlust aufdrücken zu lassen — so muß das Angebot auf längerfristige Laufzeiten beim Lohntarif ja verstanden werden — dürfte in den Betrieben erst recht gleich Null sein.

Jetzt kommt es darauf an, mit Volldampf für die Urabstimmungen zu mobilisieren. Diese Mobilisierung aber wird nur erfolgreich sein, wenn derartige Kompromiß-Angebote schleunigst vom Tisch kommen, wenn klar ist, daß es nach wie vor um die Forderung geht, für die sich auch der härteste Kampf lohnt: für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Nach dem Spitzengespräch hat der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall Kirchner dreist gefordert, bei der Urabstimmung müßte auch das sogenannte Angebot der Unternehmer zur Abstimmung gestellt werden. Die Kapitalisten spekulieren also nach wie vor damit, in der Metallarbeiterschaft könnte die Einheit für einen Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche nicht ausreichend sein. Man sollte sich in der Unternehmerzentrale vielleicht doch sorgfältiger mit der Warnstreik-Statistik befassen: mittlerweile haben über 700000 Kolleginnen und Kollegen in der Metallindustrie an Warnstreikaktionen teilgenommen. Auch am Tag vor und während des Spitzengesprächs kam es in weit über 100 Betrieben zu Warnstreiks.

Krupp-Kollegen gegen Arbeitsplatzvernichtung



Gegen die geplante Vernichtung von 150 Arbeitsplätzen im Krupp-Werk Hagen Wehringhausen demonstrierten am 17. April 10000 Kolleginnen und Kollegen aller Hagener Krupp-Werke. Als Vorstandsvertreter sich weigerten, vor der Belegschaft Stellung zu nehmen, „bahnten sich die Kollegen einen Weg zu den Verhandlungsräumen“, wie die „Westfälische Rundschau“ vornehm formulierte.

Druckindustrie

Erste Streik- und Urabstimmungsphase erfolgreich

Die erste Phase von Streiks und Urabstimmungen in der Druckindustrie am 12./13. April verlief für die IG Druck & Papier äußerst erfolgreich. Ergebnisse der Streiks und Urabstimmungen, zu denen die Gewerkschaft für den 17. April aufgerufen, liegen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Der Vorstand der IG Druck & Papier hat Urabstimmung und Streiks für zahlreiche weitere Betriebe angekündigt, gleichzeitig aber die Unternehmer zu neuen Verhandlungen aufgefordert.

Am 12./13. April fanden in insgesamt 35 Betrieben Urabstimmungen statt. Von den 5594 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in diesen Betrieben beteiligten sich 95 Prozent an den Urabstimmungen. 89 Prozent stimmten für Streik. Von den 858 gewerkschaftlich organisierten Angestellten dieser Betriebe sprachen sich 83,4 Prozent für Streik aus. (Einzelergebnisse S. Kasten)

In 35 Betrieben wurde gestreikt, vor allem in Zeitungsdruckereien. Die Streiks wurden in der Regel nach der Devise „pro Mann eine Schicht“ durchgeführt. Eine solche Streiktaktik, die in den meisten Betrieben anderer Branchen ziemlich wirkungslos verpuffen würde, führt in Zeitungsdruckereien durchaus zu schönen Erfolgen: der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger sprach von Verlusten in Millionenhöhe. Zahlreiche Zeitungen erschienen nicht oder nur mit Notausgaben (s. Kasten).

Der Deutsche Journalistenverband hat seine Mitglieder aufgerufen, „die Kollegen von der Technik in ihrer Auseinandersetzung zu unterstützen und sich in keinem Fall zu Streikbrecher-Arbeit oder berufsfremder Arbeit mißbrauchen zu lassen“. In der Redaktion der „Frankfurter Rundschau“ folgten während des Streiks der Druckerei die meisten Journalisten einem Aufruf der IG Druck & Papier und traten in einen Solidaritätsstreik.

Die Unternehmer entfalteten eine demagogische Hetzkampagne gegen die IG Druck & Papier, weil — so der Zeitungsverlegerverband — die Gewerkschaft unter „Verhöhnung demokratischer Prinzipien“, nach dem Muster von „Einheitsparteien totalitärer Staaten“ ihre Mitglieder „ohne Befragung oder durch Scheinabstimmungen zu Marionetten degradiert“ habe. Diese Propaganda-Richtlinie hatte die Flick-Marionette Lambsdorff schon vor Wochen ausgegeben, als er die IG Druck & Papier als „leninistische Kaderorganisation“ bezeichnete.

Daß Marionetten bekleiden können, ist im Ministeramt erwiesen, vermutlich können sie auch den Posten eines Zeitungsverlegers ausfüllen. Aber gegen den Druck der Unternehmer einen Streik auf die Beine stellen — das ist mit Marionetten nicht zu machen. Detlef Hensche hat mit Recht auf diese Propaganda entgegnet, daß die Beteiligung an den Streiks freiwillig ist. Der Streik ist von der grundsätzlichen Anlage her ein urdemokratischer Akt. Das einzig undemokratische dabei ist der massive Druck, den die Unternehmer ausüben, um Arbeiter am Streik zu hindern.

Im übrigen: Der Bundesverband Druck hat mit Aussperrungen gedroht. Davon, daß er vorher eine Urabstimmung durchführt, war bislang keine Rede. Weiter: Der Bundesverband hat Firmen, die den Gewerkschaftsforderungen entgegenkommen wollen, mit dem Ausschluß aus dem Verband gedroht. Nicht, daß wir behaupten wollen, der Bundesverband Druck sei eine leninistische Kaderorganisation, aber eine gewisse „Verhöhnung demokratischer Prinzipien“ ist doch unübersehbar.

Inzwischen haben ja nun die lautesten Krakeeler ihre demokratischen Urabstimmungen gehabt. Im Betrieb des Zeitungsverleger-Präsidenten Alfred Neven Du Mont stimmten 80 Prozent für Streik. Im Betrieb des Druck-Verhandlungsführers Beltz-Rübelmann waren es gar 95 Prozent.



Streikposten IG Druck & Papier vor der Dortmunder Ruhfus-Druckerei. Die Urabstimmung in diesem Betrieb (102 Beschäftigte) brachte 94 Prozent für Streik. Erstmals streikten Arbeiter und Angestellte gemeinsam.

Urabstimmungsergebnisse in der Druckindustrie

Folgende Urabstimmungsergebnisse vom 12./13. April sind uns bekannt. Wo es uns bekannt ist, geben wir die Abstimmungsergebnisse für Arbeiter und Angestellte getrennt an. Bei einigen Betrieben kennen wir nur die Ergebnisse im Arbeiterbereich, bei anderen nur das Gesamtergebnis. Urabstimmungsergebnisse vom 17. April lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Broschek/Hamburg: Arbeiter 85%, Angestellte 70%; Gruner & Jahr/Hamburg: Arbeiter 96,2%; Gruner & Jahr/Itzehoe: Arbeiter 89,6%, Angestellte 82,7%; Springer/Berlin: Arbeiter 77,3%; Kölner Stadtanzeiger: Arbeiter 80%; Bauer/Köln: Arbeiter 96%, Angestellte 88,1%; Stütz/Würzburg: 87,9%; Vogel Verlag/Würzburg: 89,9%; C.H. Beck/Nördlingen: 87,9%; Fink/Stuttgart: 93,4%; Mathaes Verlag/Stuttgart: 96,6%; Bechtle/Esslingen (Bild-Druckerei): 96,6%; Belz/Stuttgart: 92,5%.

Streikaktionen in Zeitungsdruckereien am 12. April

Die Frankfurter Rundschau brachte in ihrer Ausgabe vom 13. April folgende Zusammenfassung der Auswirkungen der Streikaktionen der Druckereiarbeiter vom 12. April:

Überhaupt nicht erschienen sind am Donnerstag folgende Zeitungen: Bild-Stuttgart, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Bild-Frankfurt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Neue Presse, Abendpost/Nachtausgabe, Financial Times (Europaausgabe), Bergsträßer Anzeiger, Kölnische Rundschau, Kölner Stadtanzeiger, Kölner Express, Bonner Generalanzeiger, Neue Westfälische und Westfalenblatt (beide Bielefeld), Hannoversche Allgemeine, Hannoversche Neue Presse, Bild-Hannover, Weser-Kurier und Bremer Nachrichten, Nordsee-Zeitung (Bremerhaven), Pinneberger Tageblatt, Stader Tagblatt. Eingeschränkt erschienen sind: Darmstädter Echo, alle Zeitungen der Gruppe Westfälischer Anzeiger (WAZ), Rheinische Post, Neue Osnabrücker Zeitung, Nordwest-Zeitung (Oldenburg), die Welt. Die Berliner Springer-Zeitungen BZ, Morgenpost und Bild erschienen trotz Streiks, weil leitende Angestellte und Abteilungsleiter die Rotationsmaschinen bedienten.

Freudenberg/Weinheim

37 Prozent für die Liste „Frischer Wind"

Stolze 37 Prozent der Stimmen erreichte die Liste „Frischer Wind" bei der Firma Freudenberg in Weinheim im Arbeiterbereich. Von den derzeit 7272 Beschäftigten dieses Lederbetriebs sind 4564 Arbeiter und 2708 Angestellte. Gegenüber dem Zeitpunkt der Betriebsratswahl 81 ging die Belegschaft um 600 Arbeiter und 131 Angestellte zurück. Die Liste Frischer Wind, die bereits 1981 kandidierte, konnte ihren Stimmenanteil im Arbeiterbereich deutlich steigern.

Von den abgegebenen 3527 Stimmen im Arbeiterbereich entfielen auf die Liste der IG Leder 2070 und auf die Liste Frischer Wind 1302 Stimmen. Im Angestelltenbereich fand Persönlichkeitswahl statt. Hier verlor der Betriebsratsvorsitzende Gassmann zwar rund 7 Prozent gegenüber der letzten Wahl, erhielt aber dennoch bei den Angestellten die meisten Stimmen.

Reinhold Gassmann hatte in der vergangenen Amtsperiode in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung versucht, die Betriebsräte von der Liste Frischer Wind mundtot zu machen. So strengte er im letzten Jahr auf Beschluß der Betriebsratsmehrheit ein Ausschlußverfahren gegen den Frischen-Wind-Betriebsrat Helmut Schmitt an, womit er aber vor dem Arbeitsgericht Mannheim nicht durchkam.

Gassmann und die Betriebsratsmehrheit unterstützten die Geschäftsleitung, als sie mit Disziplinarmaßnahmen und Kündigungsdrohungen gegen Betriebsräte vom Frischen Wind vorging, weil diese an Abteilungsversammlungen teilgenommen hatten, an denen laut Meinung der Geschäftsleitung und der Betriebsratsmehrheit nur die zuständigen Abteilungsbetriebsräte sowie der Vorsitzende des Betriebsrats und sein Stellvertreter teilnehmen dürfen. Auch in dieser Frage bekamen die Betriebsräte vom Frischen Wind vom Arbeitsgericht Recht.

Zu den Repressalien, die gegen die Betriebsräte der Liste Frischer Wind ergriffen wurden, gehört auch, daß die fünf Betriebsräte der Liste im September letzten Jahres aus der IG Leder ausgeschlossen wurden, obwohl es direkt nach der letzten Betriebsratswahl geheißen hatte, zum Mittel des Ausschlusses würde nicht gegriffen.

Nicht zuletzt deshalb, weil die Zusammenarbeit von Gassmann und seinen Gefolgsleuten mit der Geschäftsleitung so offenkundig ist, ist die Tatsache, daß diesmal — im Gegensatz zur letzten Betriebsratswahl — auch die DKP lautstark in den Hetzchor gegen die Liste Frischer Wind einfiel, besonders abstoßend. In ihrer Betriebszeitung „Tribüne" wird die Liste Frischer Wind nach einigen reichlich allgemeinen Ausführungen über die Notwendigkeit der Einheit der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung als spalterisch diffamiert, ohne auch nur den geringsten Nachweis zu führen, daß die Liste Frischer Wind gewerkschaftsfeindliche und die Belegschaft spaltende Positionen vertritt oder vertreten hat. Tatsächlich dürfte hier ein solcher Nachweis auch schwerfallen; denn während Gassmann und seine Gruppe ziemlich offen mit der Geschäftsleitung zusammenarbeitet, kämpft die Liste Frischer Wind für die Einheit der Belegschaft im Kampf für ihre Interessen (siehe nebenstehendes Programm der Liste).



Wenn fast 40 Prozent der Arbeiter die Liste Frischer Wind wählen, dann sollte vielleicht auch die DKP verstehen lernen, daß diese Kolleginnen und Kollegen gute gewerkschaftliche Gründe dafür haben und daß ein Mann wie Gassmann wahrlich kein geeigneter Bannerträger für den Gedanken der Einheitsgewerkschaft ist.

Die Liste Frischer Wind hat klargemacht, daß die momentane Spaltung im Betriebsrat nur auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen Freudenberg und für die Interessen der Belegschaft überwunden werden kann. Eben das ist ein richtiges Verständnis von Einheitsgewerkschaft. Dafür hat die Liste Frischer Wind jetzt große Unterstützung gefunden. Schade, daß die Liste Frischer Wind von den acht Mandaten, die ihr aufgrund des Wahlergebnisses zustehen, nur fünf wahrnehmen kann.

Die Liste „Frischer Wind" stellt sich vor:

Der Zielsetzung Freudenbergs, weiterhin Personalkostensenkungen und Produktivitätssteigerungen auf Kosten der Belegschaft vorzunehmen, muß eine betriebliche und gewerkschaftliche Gegenstrategie entgegengesetzt werden.

Der „Frische Wind" will die Einigung der Belegschaft und die Durchsetzung der folgenden Forderungen erreichen.

Gegen weitere Intensivierung und Leistungsverdichtung:

- Es darf keine weitere Leistungssteigerung mehr zugelassen werden! Mehr Leistung nur mit mehr Personal! — Frei werdende Stellen müssen voll ersetzt werden!
- Die gesundheitlichen Belastungen am Arbeitsplatz müssen auf ein Minimum reduziert werden!
- Verbesserungen, insbesondere für die am härtesten in der Produktion Arbeitenden (z. B. 30 Minuten bezahlte Pause für Schichtarbeiter), müssen über Betriebsvereinbarung angestrebt werden!
- Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß endlich auf die Tagesordnung von Gewerkschaft und Betriebsrat gesetzt werden!
- Überstunden sind auf ein Minimum zu reduzieren! Die Einhaltung der tariflich festgelegten Normalarbeitszeit (40-Stunden-Woche, 8-Stundentag), muß streng eingehalten werden!
- Eventuelle Versuche von CF, durch „Flexibilisierung der Arbeitszeit", vermehrte Teilarbeitszeit, „Kapazitätsorientierte Arbeitszeit", usw. eine weitere Verdichtung der Arbeit zu erreichen, müssen verhindert werden!
- Das Widerspruchsrecht bei Kündigungen muß voll ausgenutzt werden! Keine Zustimmung zu jeglicher Art von Kündigung!

Gegen die negativen Auswirkungen des verstärkten Computereinsatzes in Produktion und Verwaltung:

Dem Einsatz neuer Techniken darf nur dann zugestimmt werden, wenn dadurch

- keine Leistungssteigerung erfolgt,
- keine Arbeitsplätze vernichtet werden,
- keine Abqualifizierung erfolgt,
- keine zusätzliche Kontrolle der Belegschaft möglich wird,
- die einzelnen Computersysteme nicht zentral zusammengeschaltet werden!

Gegen Abgruppierungen und Abqualifizierungen

- Über Betriebsvereinbarung, bzw. Tarifvertrag muß ein allseitiger Abgruppierungs- und Abqualifizierungsschutz angestrebt werden!

Gegen die Zahlung von Niedriglöhnen, Lohnsenkung und unzulängliche Tarifabschlüsse:

- Streichung der Lohngruppen 1—4!
- Gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit!
- Keine Benachteiligung von Frauen, Jungarbeitern, Azubi und der ausländischen Kollegen!
- Für eine verstärkte Absicherung insbesondere der Niedrigeinkommen bei den Lohn- und Gehaltsabschlüssen, z. B. durch Festgeldforderung!
- Reallohnsenkung darf nicht zugelassen werden!

Gegen die Versuche von CF, erkämpfte Rechte der Belegschaft einzuschränken:

- Vom Betrieb festgelegter Betriebsurlaub, sowie die Festlegung sogenannter Brückentage, ohne die Möglichkeit der Einarbeitung sind vom Betriebsrat abzulehnen!
- Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf!
- Durchführung der vom Gesetz vorgeschriebenen vier Betriebsversammlungen im Jahr!

Die Durchsetzung dieser Forderungen wäre die beste Möglichkeit, den Plänen Freudenbergs Einhalt zu gebieten und die negativen Folgen abzuwehren.

Das setzt aber voraus, daß sich Betriebsrat und Gewerkschaft dieses Programm zu eigen machen. Auf der Grundlage eines solchen Programms könnte auch die momentane Spaltung im Betriebsrat überwunden werden, und die Zusammenarbeit auf eine gemeinsame Grundlage gestellt werden. Die „Frischer-Wind"-Betriebsräte jedenfalls sind hierzu bereit.

Um eine Veränderung in Betriebsrat und Gewerkschaft zugunsten einer an den Interessen der Belegschaft orientierten Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit durchzusetzen, ist es unerläßlich, daß möglichst viele Kolleginnen und Kollegen dieses Programm des „Frischen Windes" unterstützen, und dies bei der Betriebsratswahl auch zum Ausdruck bringen.

HBV weiter für 35 Stunden

DAG spendiert Banken Billigabschluß

„Die DAG hat den Banken einen Billigabschluß spendiert" — so kommentierte die HBV den von der DAG mit den Banken abgeschlossenen Tarifvertrag. Die HBV hat den Abschluß abgelehnt und angekündigt, sie werde in ausgewählten Banken Kampfmaßnahmen für die 35-Stunden-Woche ergreifen.

„Billigabschluß" — das ist eine sehr zutreffende Charakterisierung des von der DAG abgeschlossenen Tarifvertrages: 3,4 Prozent mehr Gehalt, keine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und eine Vorruhestandsregelung, die noch nicht einmal die Möglichkeiten des Blüm'schen Gesetzes ausschöpft.

Die von der DAG abgeschlossene Vorruhestandsregelung sieht vor, daß Beschäftigte ein oder zwei Jahre vorzeitig ausscheiden können. Sie sollen die ersten drei Monate 80 Prozent, anschließend 75 Prozent des letzten Bruttomonatsgehalts erhalten, was auf das Jahr berechnet, natürlich einen sehr viel stärkeren Einkommensverlust bedeutet. Eine Vereinbarung über Neueinstellungen enthält die Regelung nicht. Der Zuschuß vom Arbeitsamt noch der vom Vorruhestandsgesetz vorgesehene Vorruhestandsgeld ist daran gebunden, daß freiwerdende Arbeitsplätze wieder besetzt werden.



Bankangestellte im Tarifkampf. Eine Kundgebung der HBV während der Lohntarifbewegung 1979.

Zu vermuten aber ist, daß die Bankherren keineswegs die Absicht haben, für durch die Vorruhestandsregelung ausscheidende Beschäftigte im auch nur annähernd gleichen Maß Neueinstellungen vorzunehmen. Die moderne Computertechnologie ermöglicht bei den Banken umfangreiche Rationalisierungen mit der entsprechenden Vernichtung von Arbeitsplätzen. Schon ist der Bildschirmplatz vorherrschend machen mit der entsprechenden Belastungssteigerung für die Beschäftigten. Dieser Prozeß ist bei den Banken zwar schon im Gange, steckt aber noch in der Anfangsphase. Dagegen bietet die von der DAG abgeschlossene Vorruhestandsregelung keinerlei Schutz.

Eben deshalb fordert die HBV die 35-Stunden-Woche. Die DAG hat sich — leider nicht überraschend — als Hilfstruppe des Bankkapitals, als Spalter der gewerkschaftlichen Bewegung der Bankangestellten erwiesen. Sie spekuliert dabei auf rückschrittliches Angestelltenbewußtsein, dem die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als zu „radikal" und die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kapital als „realistisch" erscheint und das mehr Hoffnung in individuelle Aufstiegschancen als in die Kraft gewerkschaftlicher Solidarität setzt. Ob diese reaktionäre Spekulation der DAG-Führung wirklich aufgeht, bleibt abzuwarten. Jedenfalls meldet die HBV vorerst verstärkte Übertritte von DAG-Mitgliedern an der Basis.

Die Haltung der DAG aber hat die HBV natürlich in eine schwierige Lage gebracht. Der Organisationsgrad der Bankbeschäftigten in der HBV ist wohl nicht ausreichend, um einen bundesweiten Arbeitskampf zu führen. Die Entscheidung des HBV—Vorstandes, in solchen Banken, in denen die HBV vergleichsweise stark vertreten ist, Kampfmaßnahmen für betriebliche Vereinbarungen über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit durchzuführen, ist so unter den gegebenen Bedingungen verständlich.

Der von der DAG abgeschlossene Tarifvertrag gilt rechtlich nur für DAG-Mitglieder, auch wenn sich in der Praxis auch Unorganisierte und HBV-Mitglieder darauf berufen können. Vor allem in der Frage der vereinbarten Gehaltserhöhung von 3,4 Prozent wird er faktisch wohl Gültigkeit für alle Bankangestellten erlangen. Daß ein nur von der DAG abgeschlossener Tarifvertrag eine solche Bedeutung erlangt, birgt natürlich vom Standpunkt des Eintretens für die einheitliche Organisierung von Arbeitern und Angestellten im DGB die Gefahr eines Rückschlags. Die HBV hat trotzdem richtig gehandelt, als sie sich nicht mit dieser Drohung erpressen ließ. Sie braucht jetzt die Solidarität der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Für die HBV herrscht im Bereich der Banken weiterhin ein tarifloser Zustand, in dem die Friedenspflicht nicht gilt.

Beschäftigungsförderung à la Blüm

Heuern und Feuern

Aus dem Hause Blüm liegt ein Referentenentwurf zur Beschäftigungsförderung auf dem Tisch. Daß er Gesetz werden soll, hat Blüm schon Ende letzten Jahres angedroht. Beschäftigungsförderung à la Blüm bedeutet vor allem: Abbau von Schutzbestimmungen, die industrielle Reservearmee soll für die Unternehmer nach dem Prinzip des Heuern und Feuern frei verfügbar sein.

Der Zeitarbeitsvertrag, den Blüm auf bis zu einem Jahr befristen will, soll aus den derzeitigen Ausnahmedasein befreit werden, die nach der Jahrelangen Rechtsprechung der Arbeitsgerichte unmögliche Aneinanderreihung von Zeitarbeitsverträgen soll möglich gemacht werden. Für eine Dauer von vier Jahren sollen befristete Arbeitsverträge ausdrücklich auch bei der Besetzung von Dauerarbeitsplätzen möglich sein, wenn ein Arbeitsloser eingestellt wird.

Wohin das führen kann, wird besonders drastisch am Beispiel der Bauindustrie deutlich. Der „Grundstein", die Zeitung der IG Bau, Steine, Erden befürchtet: „Die befristete Einstellung wird bald die Regel sein. Im Frühjahr wird geheuert, im Herbst wird gefeuert. Das gleiche Spiel wird sich im nächsten Jahr wiederholen."

Unterlaufen werden dadurch die Kündigungsschutzbestimmungen. Befristete Arbeitsverträge laufen eben automatisch ohne jedes Mitwirkungsrecht des Betriebsrats aus. Wird die Belegschaft durch Nichtverlängerung von befristeten Arbeitsverträgen reduziert, entfällt für den Unternehmer auch jede rechtliche Verpflichtung, einen Interessenausgleich und Sozialplan mit dem Betriebsrat zu erstellen.

Ganz ähnlich wird sich die von Blüm angestrebte Ausweitung der Leiharbeit auswirken. Die Frist, für die Arbeitskräfte an einen Auftraggeber ausgeliehen werden können, soll von drei auf sechs Monate verlängert werden, für Mutterschaftsurlaubsvertretungen sogar auf acht Monate.

Befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit — beider untergräbt den Kündigungsschutz, ermöglicht es den Unternehmern, die Stammbelegschaften auf den denkbar niedrigsten Stand zu halten, um jeden weiteren Arbeitsanfall über Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge nach Bedarf aufzufangen.

Für diese Art von „Beschartigungsförderung" hätte Blüm wahrscheinlich keine Referenten bemühen müssen. Alles das (und noch mehr) hätte er einfach aus dem Strategie-Papier des BDI, das noch vor der Bonner Wende veröffentlicht wurde, abschreiben können. So wird 's wohl auch gewesen sein.

Deine Spende hilft Gas geben

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche kommt so langsam in die heiße Phase. Jetzt muß Tempo gemacht werden. Das gilt auch für die Partei. Daß die Auffassungen der Kommunisten in diesem Kampf Verbreitung finden ist wichtig — und es kostet Geld. Deshalb brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35" auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 44010046), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

STUTTGART

Maiveranstaltung der KPD/Stuttgart
„Sozialismus schafft Arbeit für alle"
Ort: Gaststätte „Friedenau", Rotenbergstr., Stuttgart-Ost
Zeit: Dienstag, 1. Mai, 15 Uhr

DORTMUND

Gemeinsame Veranstaltung von KPD und BWK
Beiträge: Kurzberichte zur Betriebsratswahl, Lage der Arbeitslosen, Kampf um die 35-Stunden-Woche, Rede des BWK „Die EG und ihre Auswirkungen auf die Werktätigen Westeuropas", Rede der KPD „Arbeit für alle, Frieden, Arbeitermacht — das sozialistische Ziel der KPD"; Gäste: eventuell Stahlarbeiter aus Lothringen, sowie die Theatergruppe „Hobelbühne" aus Frankfurt.
Gaststätte: „Haus Göbbeln", Schützenstr./Feldherrnstraße
Montag, 30. April, 19.30 Uhr

KIEL

Maiveranstaltung der KPD/Kiel
„Sozialismus schafft Arbeit für alle"
Es spricht Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD
Donnerstag, 26. April, 19.30 Uhr
Ort: noch unklar

KIEL

Kulturveranstaltung der Volksfront
Theater, Musik, Büchertische, Essen, usw. usf.
Sonntag, 29. April, 16.00 Uhr
Ort: Hansastraße 48

HAMBURG

Maiveranstaltung der KPD
„35 Stunden sind genug — der Wende ein Ende"
Es spricht Hartmut Siemon, RGO-Betriebsrat Hoesch/Dortmund
Freitag, 27. April, 19.00 Uhr
Gaststätte „Zorba", Jarrestraße 27, HH 60

HANNOVER

Maiveranstaltung der KPD
„35 Stunden jetzt, Sozialismus: Arbeit für alle"
Es spricht Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD
Es spielt die Gruppe „Blaumann"
Freitag, 27. April, 19.30 Uhr
Gaststätte „Glenewinkel", Köthnerholzweg/Ecke Grotestr.

GELSENKIRCHEN

Gemeinsame Maiveranstaltung der KPD und der Gelsenkirchener ML, unterstützt von DIDF und Dev Yol
Es spricht für die KPD: Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD
Theaterstück zur 35-Stunden-Woche, Diskussion, türkische Folklore
Montag, 30. April, 19.00 Uhr
AWO-Zentrum, Florastraße 9

Arbeitslosentreffs der KPD

1. Für Nordrhein-Westfalen:
Sonntag, 6. Mai, 11 Uhr im zentralen Büro der KPD, Dortmund-Hörde

2. Für Norddeutschland:
Samstag, 12. Mai, 11 Uhr, Thälmann-Buchhandlung, Hamburg 6, Margarethenstraße 58

Themen: 1. Die aktuelle Lage, 2. Der Stand der Arbeit, 3. Die neue Zeitung, 4. Verschiedenes.

Will die SPD jetzt Friedenspolitik betreiben?

Das mehrheitliche „Nein" des letzten SPD-Parteitages und der Bundestagsfraktion der SPD zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik hat in vielen Menschen Hoffnung geweckt, die SPD könnte sich tatsächlich zu einer Abkehr von ihrer bisherigen „Verteidigungs"-Politik durchringen und eine Politik für die Erhaltung des Friedens betreiben. Tatsächlich hat ein solcher Denkprozeß bei einer ganzen Reihe von SPD-Mitgliedern stattgefunden. Was aber die Partei selbst und ihre künftige Politik auf diesem Gebiet betrifft, sind solche Hoffnungen fehl am Platz. Das zeigt die gegenwärtige sicherheitspolitische Debatte in der SPD sehr deutlich.

Als der Parteivorstand der SPD am 30. Januar seinen Antrag an den Parteitag der SPD im Mai unter dem Titel „Für eine neue Strategie des Bündnisses" veröffentlichte, löste er in bestimmten Teilen der Friedensbewegung nachgerade Begeisterung aus. So erschien beispielsweise in der „UZ", der Zeitung der DKP ein Kommentar unter der Überschrift „Richtige Richtung".

Als „richtige Richtung" empfand die „UZ" in dem Antrag des Parteivorstandes vor allem das, was in der sicherheitspolitischen Debatte in der SPD unter dem Stichwort „Entnuklearisierung" gehandelt wird: Überlegungen über das Einfrieren der atomaren Waffentests in Ost und West bis hin zum Einfrieren „der Atomwaffenproduktion, Überlegungen über den Abbau der in amerikanischen Kurz- und Mittelstreckenraketen, die in der Bundesrepublik lagern bzw. noch stationiert werden sollen, Überlegungen über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Vorschlag der Palme-Kommission) u. a. m.

Das hört sich ja auch alles ganz gut an. Das Problem ist nur — und das verschweigt der „UZ"-Kommentar — das dies nur die halbe Wahrheit der Überlegungen der SPD-Strategen ist. Denn bei allen Unterschieden, die es in Feinheiten bei verschiedenen SPD-Politikern gibt, besteht doch über folgendes Einigkeit:

Stichwort Entnuklearisierung

1. Entnuklearisierung bedeutet für die SPD keine generelle Absage an Atomwaffen und den Einsatz von Atomwaffen in einem künftigen Krieg. In allen vorliegenden Konzepten spricht sich die SPD ausdrücklich für strategische Atomwaffen aus und will auch auf atomare Mittelstreckenraketen nicht verzichten. Sie sollen nur „möglichst weitgehend" (aus einem Papier von Andreas Bülow, Vorsitzender der sicherheitspolitischen Kommission der SPD) seegestützt sein. Daß aber eine „gewisse atomare Komponente" bei der Bewaffnung und bei der Kriegsführungsstrategie der NATO unabdingbar ist, steht nicht nur für Andreas von Bülow, sondern auch für die SPD-Führung insgesamt außer Frage.

2. Vor allem aber sind die Überlegungen, die in der SPD unter dem Stichwort Entnuklearisierung laufen, nicht als Vorschlag zur Abrüstung, als Abbau von Massenvernichtungswaffen gemeint. Denn der Verzicht auf atomare Waffen steht für die SPD die Aufrüstung mit konventionellen Waffensystemen.

Im Antrag des SPD-Vorstandes wird ausdrücklich und mehrfach betont, daß es nicht etwa darum geht, atomare Kurz- und Mittelsteckenraketen ersatzlos abzuschaffen, sondern darum, sie „*durch konventionelle Systeme zu ersetzen, die nach dem heutigen Stand technisch möglich sind*". Andreas von Bülow schreibt in seinem Papier genauer, was gemeint ist: „*Militärische Aufgaben, die heute allenfalls durch Atomwaffen erledigt werden können, müssen von konventionellen Waffen moderner Bauart übernommen werden. Die Technik hierzu ist vorhanden oder organisierbar.*" Auf deutsch: die SPD plädiert nicht für die Abschaffung von Massenvernichtungswaffen. Sie plädiert lediglich für eine andere Technik.

Wobei diese andere Technik nicht nur den Vorteil hätte, daß sie in der Öffentlichkeit nicht auf so großen Widerstand stößt wie die Atomwaffen. (Und zwar einfach deshalb, weil die Öffentlichkeit über sie weniger weiß.) Diese andere Technik hat auch noch einen anderen Vorteil: sie bietet den westdeutschen Imperialisten, denen bekanntlich der Zugang zu eigenen Atomwaffen verwehrt ist, die Möglichkeit zu Massenvernichtungswaffen „made in Western Germany".

Ob sich diese Vorstellungen der SPD gegen den Widerstand der USA werden durchsetzen lassen oder nicht, soll uns vorerst nicht interessieren. Denn vorerst bedeuten sämtliche Überlegungen der SPD unter dem Stichwort Entnuklearisierung sowieso nur eins: Die Forderung nach einer zweiten „Nach"rüstungswelle, diesmal auf dem Gebiet der konventionellen oder vielleicht besser nicht-atomaren Rüstungssektor. Denn bevor diese nicht-atomaren Waffensysteme, die die Aufgaben der atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen übernehmen könnten, nicht da sind, braucht die NATO auch nach Ansicht des SPD-Vorstandes die Atomwaffen und die Fähigkeit und Bereitschaft zum atomaren Erstschlag...

Stichwort: Bündnistreue

Ausdrücklich heißt es im Antrag des Vorstandes: „*Die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch gebunden in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO. Sie findet ihre Sicherheit nur mit ihren Partnern, mit ihren Verbündeten und nicht ohne sie.*" Und: „*Wer eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft als Ziel ins Auge faßt, muß für den Weg dorthin von der heute bestehenden Lage und der beschlossenen Strategie ausgehen, die gültig ist, solange das Bündnis keine neue beschlossen hat.*"

(Wobei noch anzumerken wäre, daß der Vorschlag, sich in diesem Zusammenhang vom Air-Land-Battle-Konzept, das nach dem Willen der USA offizielle NATO-Strategie werden soll, zu distanzieren, vom SPD-Parteivorstand ausdrücklich verworfen wurde.)

Über die „Treue zum Bündnis", aber auch zu den USA gibt es also für die SPD kein Vertun. Heftige Worte gegen die Reagan-Administration, die im Eifer des Gefechts auf Friedenskundgebungen schon einmal fallen, dürfen nicht in dem Sinne mißverstanden werden, daß die SPD etwa zu einem politischen oder militärischen Bruch mit den USA bereit wäre. Denn die SPD sieht die Lage der Dinge nüchtern — vom Standpunkt westdeutscher Großmachtinteressen. „*Die militärische Abstützung der Verteidigung Westeuropas auf die USA ist bei allem Unbehagen über zeitweilige amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik zwingend erforderlich.*"

Stichwort: Europäisierung

Wenn deshalb neuerdings so viel von „Europäisierung" die Rede ist, dann ist damit nicht die Abkoppelung der Bundesrepublik von der Kriegspolitik der USA gemeint. Es geht vielmehr darum, die Interessen und die Position Westeuropas — vor allem der Bundesrepublik und Frankreichs — zu stärken. Und das ist ein erheblicher Unterschied. Was die Interessen betrifft, geht es vor allem um die andere Interessenlage, die die Bundesrepublik und Frankreich in Bezug auf die Sowjetunion und die anderen Staaten Osteuropas haben. Um Geschäftliches also. Wie groß dieses Interesse ist, hat sich gerade erst bei der Leipziger Messe gezeigt. Und so ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich die SPD mit ihren Überlegungen zur „Europäisierung" nicht nur mit Außenminister Genscher, sondern auch mit dem alten kalten Krieger und neuen DDR-Freund Strauß in schönster Übereinstimmung findet.

Es muß sich sicherlich noch zeigen, wie alle diese Fragen von den Delegierten des SPD-Parteitages gesehen und diskutiert werden. Was bis jetzt von führenden SPD-Politikern zu hören war, nützt dem Kampf für die Erhaltung des Friedens nicht, sondern schadet ihm. Beschönigungsversuche, wie sie in dem eingangs erwähnten „UZ"-Artikel vorgenommen wurden, nützen niemandem. Der Friedensbewegung nicht und den Kräften in der SPD, die das alles nicht wollen, auch nicht. Der Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen hat gezeigt, daß nur eines hilft — öffentlicher Druck für das, was im Interesse der Erhaltung des Friedens notwendig und richtig ist.

Korrespondenz aus Dortmund-Schüren

Schwierigkeiten mit der Volksbefragung

Guckt man sich den letzten Rundbrief des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung an, so könnte man der Meinung sein, die Friedensbewegung würde sich aus vollen Rohren auf die Volksbefragung vorbereiten. Daß dem nicht so ist, merkt man schnell vor Ort.

In unserer Friedensgruppe in Dortmund-Schüren sind wir ca. zehn Aktive: Jusos, ein weiteres SPD-Mitglied, Parteigenossen, ein Pfarrer, einige parteilose Lehrlinge und Schüler. Wir haben die Sache bisher so diskutiert, daß wir die Volksbefragung unterstützen und in unserem Stadtteil möglichst breit durchführen wollen. Die großen organisatorischen Schwierigkeiten mit der Volksbefragung waren uns gleich klar. Wir sind zehn Aktive und haben aber ca. 25 Wahllokale in unserem Stadtteil. Außerdem sind etliche SPD-Mitglieder an diesem Tag als Wahlhelfer eingeteilt. Wie das also schaffen? Für uns hängt ganz konkret die Möglichkeit, in unserem Stadtteil die Volksbefragung durchzuführen, davon ab, wie sich die Friedensbewegung in Dortmund und insgesamt dazu verhält. Wollten wirklich alle die Friedensbewegung tragenden Kräfte die Volksbefragung, so dürfte es keine Schwierigkeit sein, genügend Menschen zu mobilisieren, um sehr viele Wahllokale (zumindest in den Großstädten) zu besetzen.

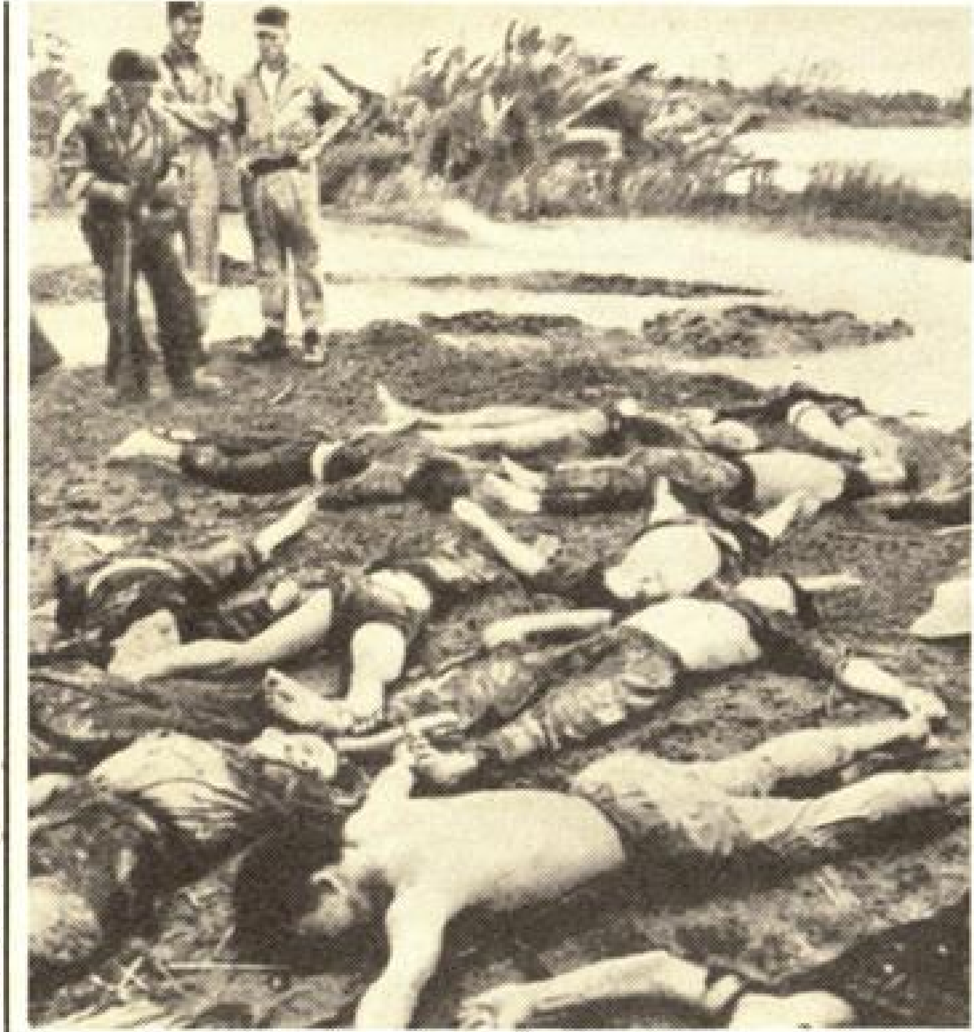
Ich habe mit einem Lehrer aus einer anderen Friedensgruppe im Dortmunder Südosten darüber gesprochen. In seiner Gruppe herrscht reichlich Ratlosigkeit in Sachen Volksbefragung. Aber bei genauerem Hinsehen zeigt sich: Früher waren in dieser Ini viele DKP-Genossen aktiv, das ist jetzt nicht mehr in dem Maße so, seit die DKP in Dortmund alle Kräfte in Scharnhorst konzentriert, um dort im Herbst bei den Kommunalwahlen in die Bezirksvertretung reinzukommen. Auch in seiner Gruppe fehlen also Kräfte. Auf diesem Boden stieß dann dort der Juso-Vorschlag nach exemplarischer Volksabstimmung auf einige Zustimmung. Wir waren uns einig, daß so die Volksbefragung nichts werden kann, daß sie wirklich möglichst breit und als politische Demonstration durchgeführt werden muß.

US-Soldaten aus Schweinfurt:

„Unsere Kinder brauchen die Fähigkeit zur Gewalt“

Acht US-Soldaten, die in Schweinfurt stationiert sind, haben sich mit einem Leserbrief an die Zeitung „Stars und Stripes“, ein Armeeblatt, gewandt. Sie wollten damit nach eigenen Aussagen gegen die dauernden Klagen über Gewalt in Film und Fernsehen protestieren. Das taten sie, indem sie die Kritiker dieser Gewalttätigkeiten „jammernde Idioten, Muttersöhnchen, die vorgeben, Soldaten zu sein“ nannten und ihrerseits forderten: „Unsere Kinder brauchen die Fähigkeit zur Gewalt ... um ein Bajonett dem Feind in den Hals zu rammen ... um fähig zu sein, einen Mann mit einem Maschinengewehr auseinanderzunehmen.“ (Zitiert nach der Frankfurter Rundschau vom 2.4.84) Ihrer Meinung nach braucht man Gewalt im Fernsehen „als Investition. Wir sollten unsere Kinder mit Gewalt auf dem Bildschirm versorgen, um sie für eine Zukunft in einer gewalttätigen Welt vorzubereiten.“

Das sind also acht der über 200000 US-Soldaten, die angeblich hi - sind, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Natürlich sind nicht alle GIs solche Bestien. Aber sie stehen auch nicht allein. Wie hieß es doch in einem Brief von zwei Amerikanern aus Mainz: so hätten erstemals wieder einen Brief zweier richtig denkender Amerikaner gelesen ...



Vietnam-Massaker von US Soldaten

Initiative „Kein Frieden mit der NATO — BRD raus aus der NATO“ gegründet

Am 15.4.84 wurde in Frankfurt eine bundesweit arbeitende Initiative „Kein Frieden mit der NATO — BRD raus aus der NATO“ gegründet. An dem Treffen in Frankfurt nahmen 16 Vertreter von verschiedenen Friedensgrupen und -organisationen teil: Neben der KPD und der Volksfront, Freunde aus dem Spektrum der unabhängigen Friedensbewegung und des Kommunistischen Bundes (KB).

In Frankfurt herrschte in dem Punkt Einigkeit, daß sich die Friedensbewegung nur dann erfolgreich weiterentwickeln kann, wenn sie von einer Kritik der Erscheinungen der steigenden Kriegsgefahr (Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles) übergeht zu einem Kampf gegen ihre politischen Ursachen, und hier vor allem die Mitgliedschaft der BRD im aggressiven NATO-Pakt. Die Träger der Initiative (die offen ist für alle, die mitmachen wollen), wollen gemeinsam in diesem Sinne in der Öffentlichkeit und der Friedensbewegung arbeiten. Dazu gehören gemeinsames Vertreten der Forderung „BRD — raus aus der NATO“ auf den verschiedenen Konferenzen der Friedensbewegung, Herausgabe von Informationsmaterial, Referentenangebot für interessierte Friedensgruppen usw. Als erstes wurde die Herausgabe eines 8seitigen Flugblatts zum Thema beschlossen, das zum ersten Mal auf den Ostermärschen eingesetzt werden soll. (Das 8seitige Flugblatt kann zum Preis von 10 Pfennig/Stück bei der Zentrale bestellt werden). Dieses Flugblatt wurde entgegen früheren Abmachungen auf einem 1. Treffen in Bonn von den Initiatoren schon layout-fertig vorgelegt, so daß eine inhaltliche Abänderung wegen des Termindrucks vor den Ostermärschen nicht mehr möglich war. Unsere Partei hat trotz schwerer inhaltlicher Bedenken gegen das Flugblatt seiner Herausgabe dennoch zugestimmt, damit die Arbeit der Initiative erst mal in Gang kommt.

Außer der einigenden Losung „BRD — raus aus der NATO“ konnten die inhaltlichen Grundlagen der Initiative in Frankfurt nicht weiter besprochen werden, war von den Initiatoren aber auch gar nicht geplant. Zur Diskussion dieser Grundlagen hat die Volksfront in Frankfurt einen Vorschlag für eine Erklärung der Initiative vorgelegt, den wir auf dieser Seite dokumentieren. Dieser Vorschlag soll wie ein anderer, schon früher von den Initiatoren vorgelegter **auf der nächsten Sitzung der Initiative am 3. Juni in Münster besprochen werden. (Ort und Uhrzeit im zentralen Büro erfragen!)**

Warum wir uns für den Austritt der BRD aus der NATO einsetzen:

Ein Vorschlag der Volksfront

1. Wir haben die Stationierung der neuen NATO-Atomraketen, der Pershing II und Cruise Missiles nicht verhindern können. Sie hat bereits begonnen.

Die neuen Atomraketen sind Waffen für den atomaren Erstschlag. Sie sollen einen Atomkrieg führbar und gewinnbar machen. Daß diese Waffen erfunden wurden, daß sie mit ungeheuren Kosten in jahrelanger Arbeit konstruiert, daß ihre Stationierung gegen den Widerstand von Millionen Menschen in den europäischen NATO-Staaten durchgesetzt wurde, beweist, daß die NATO nicht deshalb existiert, um den nächsten Krieg unmöglich zu machen, sondern um den nächsten Krieg zu gewinnen.

Deshalb müssen wir raus aus der NATO. Deutschland darf nicht zum atomaren Schlachtfeld werden.

2. Für die aggressiven Absichten der NATO sprechen nicht nur die neuen Atomraketen. Die aggressiven Absichten der NATO sind schwarz auf weiß in der Militärdoktrin „Air-Land-Battle“, die von den USA entwickelt wurde, nachzulesen.

Die neue Doktrin, die sogenannte Vorwärtsverteidigung, ist ein Militärkonzept für den „totalen Krieg“. Der „Gegner“ soll vollstänig vernichtet werden. Die Parole heißt: nur die Offensive bringt den Sieg. Und deshalb, sollen schon vom ersten Kriegstag an auch atomare und chemische Waffen eingesetzt werden.

Air-Land-Battle ist ein Militärkonzept für einen Krieg gegen die Länder des Warschauer Paktes. Aber: „Es kann sich die Notwendigkeit oder Gelegenheit zum Handeln außerhalb des Bündnisses ergeben.“ (Aus einer Studie zu Air-Land-Battle, die 1982 bereits von Hans Apel, damals Chef der Bonner Hardthöhe, unterzeichnet wurde.) Dann nämlich, wenn die NATO-Staaten ihren Zugang zu den Rohstoffen der Welt überhaupt und zum Öl im besonderen gefährdet sehen. Entweder weil die Sowjetunion dort mehr Einfluß gewinnt oder weil die betreffenden Staaten — z.B. die Ölländer im Nahen Osten — sich nicht mehr von den internationalen Multis ausplündern lassen wollen.

Air-Land-Battle zeigt: Die NATO will den Krieg. **Deshalb müssen wir raus aus der NATO. Ein „totaler Krieg“ mit deutschen Soldaten und deutschen Waffen war genug!**

3. Getäuscht sehen sich heute alle, die geglaubt hatten, das Atomzeitalter habe den Krieg zumindest hier — im atomwaffenstarrenden Europa — ein- für allemal von der Tagesordnung gesetzt, die gehofft hatten, die heute gegebene Möglichkeit der gegenseitigen Vernichtung habe die Herrschenden zur Vernunft und zum Einlenken bewogen. Die „Entspannungspolitik“ entpuppt sich heute im nachhinein als Ruhe vor dem Sturm. Die Vertiefung der ökonomischen und allgemeinen Krise der NATO-Staaten in den letzten Jahren läßt diese wieder hemmungslos auf militärische Expansion setzen.

4. Die NATO befindet sich in einem Zustand ständiger Kriegsbereitschaft. NATO-Staaten planen heute nicht nur Kriege. Sie führen sie auch schon heute. An erster Stelle natürlich die USA. Amerikanische Bomber sollten Vietnam „in die Steinzeit zurückbomben“, warfen Bomben auf den Libanon, die USA besetzten Grenada, verminen die Häfen Nicaraguas und stehen bereit, auch direkt in Lateinamerika Krieg zu führen. England führte den Falkland-Krieg ... Die Bundesrepublik führte bisher noch keinen Krieg. Aber: Ohne deutsche Hilfe hätte Israel seinen Krieg gegen den Libanon so nicht führen können. Die BRD unterstützt aktiv die Aggressionen der USA und finanzierte auch den Falkland-Krieg Britanniens mit. Auf deutschem Boden proben amerikanische und britische Soldaten für den „Ernstfall“ in anderen Ländern.

Weil die Regierungen der NATO-Staaten schon heute beweisen, daß sie bereit sind, die Interessen der Mächtigen mit Kriegen durchzusetzen, müssen wir raus aus der NATO.

5. Die NATO und die Aufrüstung, die die Bundesrepublik im Rahmen der NATO betreibt, sind nicht nur gefährlich, sondern auch teuer.

Rund 60 Millionen Mark werden dafür von der Bundesregierung im laufenden Haushaltsjahr ausgegeben. Wir zahlen für neue Waffensysteme, wir zahlen für die Stationierung der amerikanischen Waffen hier, wir zahlen für die Stationierung der über 200000 amerikanischen Soldaten. Und wir sollen noch viel mehr bezahlen: für die 2. und 3. „Nachrüstungsrunde“. Die 2. „Nach“rüstungsrunde ist die Produktion neuer konventioneller Waffensysteme, die nach Aussagen von Bundeskanzler Kohl „sehr viel Geld“ kosten werden. Die dritte „Nach“rüstungsrunde ist das geplante Raketensystem im Weltraum, das noch „sehr viel mehr Geld“ kosten wird.

Die NATO-Führung und die Bundesregierung sind entschlossen, dieses Geld zu Lasten der Sozialetats zu beschaffen. NATO-Oberbefehlshaber Rogers: „Die Erhöhung der Rüstungsbudgets muß garantiert werden, wie schreiend die sozialen und ökonomischen Probleme in den einzelnen Ländern des atlantischen Bündnisses auch sein mögen.“

Weil Schluß sein muß mit dem Sozialabbau zugunsten des Rüstungswahnsinns, müssen wir raus aus der NATO.

6. Eine deutliche Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung hat sich im vergangenen Jahr gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ausgesprochen. Diese Tatsache deutet daraufhin, daß die „Sicherheitspolitik“ der Bundesregierung nicht mehr ohne weiteres von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird. Daß dieser Prozeß aber noch nicht tief genug und unumkehrbar ist, zeigen Umfragen, denen zur Folge sich eine noch deutlichere Mehrheit für den Verbleib der BRD in der NATO ausspricht. Hieraus ergibt sich, daß auch die Mehrheit der „Nach“rüstungsgegner heute noch nicht dazu bereit ist, die Zugehörigkeit der BRD zur NATO in Frage zu stellen.

Die mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung zur NATO beruht auf einer angenommenen Bedrohung der BRD durch den Warschauer Pakt, die offensichtlich für größer empfunden wird, als die von der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen und den damit verbundenen Kriegsführungsabsichten der NATO ausgehende Gefährdung unserer Existenz. Tatsache aber ist, daß Bindung der BRD an den aggressiven NATO-Pakt die Sicherheit der Bevölkerung um keinen Deut erhöht. Vielmehr steigert die Mitgliedschaft der BRD in der NATO — geografisch an der Nahtstelle der beiden Machtblöcke — für uns die Aktualität der Kriegsgefahr.

7. Unsere Forderung nach NATO-Austritt mutet utopisch an. Aber: die Zahl der Menschen, die — wegen der Aufrüstung der letzten Jahre — die herrschende Unsicherheitspolitik in Frage stellt, wird größer.

Diesen Bruch im „sicherheitspolitischen Konsens“ zu vertiefen, setzen wir uns als Aufgabe. In diesem Sinne verstehen wir auch unsere Forderung nach Austritt aus der NATO.

8. Wir sehen eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Herabminderung der Kriegsgefahr für die Bevölkerung in der BRD in dem Austritt aus dem aggressiven NATO-Pakt. Zur Mitarbeit in unserem Komitee „Kein Frieden mit der NATO“ rufen wir alle auf, die wie wir der Meinung sind, daß die Friedensbewegung sich nur dann erfolgreich weiterentwickeln wird, wenn sie zu einer Bewegung gegen die NATO wird.

Kein Frieden mit der NATO!
BRD — raus aus der NATO!

Einseitig ja, einäugig nein

Bei den verschiedenen Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Friedensbewegung spielen immer wieder Parolen wie „blockübergreifend“ oder „weltweite Abrüstung“ auf der einen Seite, von der „Friedensmacht Sowjetunion“ auf der anderen Seite eine große Rolle. Zwischen solchen extremen Positionen gibt es noch dazu eine ganze Reihe von Strömungen, die sich teils der einen, teils der anderen Seite anschließen.

Die Friedensbewegung dürfe nicht einäugig sein, also nicht einseitige Maßnahmen zur Abrüstung in der NATO oder in der BRD fordern, so heißt die eine These, die andere sie müsse deshalb einseitig sein, weil es sozusagen auf dem zweiten Auge sowieso nichts Schlechtes zu sehen gibt.

***Wer wirklich und wirksam für den Frieden kämpfen will, der muß aber einseitige Forderung erheben.** Die Gründe dafür liegen zum einen in der geschichtlichen Erfahrung. Es war eben die These von der gegenseitigen ausgewogenen Abrüstung, die im Laufe der 70er Jahre zu einer kolossalen Aufrüstung beider Blöcke geführt hat, deren logische Fortsetzung die sogenannte Nachrüstung der NATO war. Das Ergebnis all der damaligen Konferenzen usw. war nichts anderes als kontrollierte [d. h. gegenseitig zugestandene] Aufrüstung — Rüstungskontrolle genannt. Nicht nur, daß dies mit Abrüstung nichts zu tun hat, der Grundsatz, aufzurüsten unter dem jeweiligen Verweis auf die Rüstung der anderen Seite ist bereits in dieser These beinhaltet. Wenn letztlich militärische Spionage darüber entscheiden soll, ob irgendetwas wirklich „ausgewogen“ ist, so könnten selbst dabei erzielte Resultate, die es nie gab, nicht vertrauenswürdig sein. Unter der Forderung „alle sollen abrüsten“ gibt es schon eine lange Geschichte internationaler Konferenzen usw., die faktisch noch nie zu etwas anderem gedient haben, als den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Zum zweiten liegen die Gründe für die Forderung nach einseitiger Abrüstung in den politischen Gegebenheiten. Eine Bewegung, auch wenn sie noch so machtvoll sein möge, kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie genaue Forderungen erhebt. Wenn sie diese Forderungen an die Kraft stellt, die ihr gegenüber steht, die sie überhaupt nur beeinflussen kann. Und das ist für unser Land eben diese Bundesregierung — nicht die der USA und auch nicht die der UdSSR. Deshalb muß eine Bewegung zur Erhaltung des Friedens, die in der BRD wirkt und vorhanden ist, Forderungen an die Bundesregierung richten, an niemand sonst. Was für jedes andere Land grundsätzlich ebenso gilt. Der Kampf um den Frieden kann nur so, als politischer Kampf erfolgreich sein und nicht als Kampf gegen oder für irgendwelche Gespenster a la „Geist von Helsinki“ usw.*

***Dies bedeutet aber andererseits noch lange nicht, daß man deswegen die Tatsachen verschweigen oder verdrehen müßte, vor ihnen sozusagen ein Auge zu verschließen.** Wobei klar ist, daß wer der Meinung ist, daß die UdSSR eine Friedensmacht sei, auch auf internationale Konferenzen usw. drängen wird, um dort das Friedensheil zu erwarten, und auch von daher mit einer Ausrichtung des Kampfes gegen die Bundesregierung seine Schwierigkeiten haben wird.*

Nicht einäugig sein heißt, daß, obwohl einseitig Forderungen an die Bundesregierung gerichtet werden, obwohl gegen ihre Politik der Kampf geführt werden muß, man trotzdem in den ganzen Debatten und Diskussionen nicht darüber hinweggehen darf, daß die UdSSR eben keine Friedensmacht ist. Dabei geht es gar nicht um das Ausmaß der Aggressivität, denn sicherlich ist deutlich, daß es heute einseitig die USA sind, daß es mit ihnen die westeuropäischen imperialistischen NATO-Staaten, in erster Linie die BRD, sind, die einen aggressiven Kurs verfolgen. Tatsache aber ist, daß die UdSSR ebenfalls die imperialistische These des „Gleichgewichts des Schreckens“ verfolgt wie es — offiziell — die NATO tut. Tatsache ist, daß sie keineswegs in der Rüstung immer nur aktuell „nachgezogen“ hat — der Aufbau einer Roten Flotte, wie er in den 50ern begann und in den 60er Jahren massiv vorangetrieben wurde, war eben keine Abwehrmaßnahme. Tatsache ist auch, daß es Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre durchaus eine Politik von Seiten der UdSSR gab, sich mit den USA auf Kosten Dritter zu einigen, was von den USA abgebrochen wurde — die Liste ließe sich verlängern bis hin zur so viel gepriesenen und aber von den Empfängern teuer bezahlten Waffenhilfe für revolutionäre Bewegungen.

Wer alles dies in der Auseinandersetzung — aus verschiedenen Gründen — unter den Tisch fallen läßt, der tut dem Kampf für den Frieden keinen Gefallen. Wer sagt, daß man dies deshalb nicht sagen dürfe, weil solche Aussagen daran hindern würden, für einseitige Abrüstungsmaßnahmen zu kämpfen, sollte wissen, daß man mit Unwahrheiten keine auf Dauer erfolgreiche Politik machen kann.

***Nein, wer für den Frieden kämpfen will, der muß gegen die Politik der Bundesregierung kämpfen und dies zusammen mit jedem tun, der das auch will. Er darf nur nicht dabei den vermeintlich leichteren Weg der Schönfärberei gehen.** Für Marxisten war das von jeher eine eindeutige Angelegenheit: Kampf gegen die eigene Regierung ohne zu verschweigen, daß auch auf der anderen Seite Reaktionäre an der Macht sind. In der Geschichte gab es eine ganze Reihe von Friedensbewegungen, die eben so an die Sache herangegangen sind, und das muß die vorherrschende Strömung auch hier werden. Um der Sache willen.*

KPD/Aachen aktiv



Es wurde mal wieder Zeit, daß unsere KPD-Gruppe einen Informationsstand für die Aachener Innenstadt machte. Nachdem das Aachener Ordnungsamt uns den Stellplatz Holzgraben mehrfach mit unterschiedlichen Ausreden verwehrt hatte, haben wir uns mit einer langfristigen Anmeldung, drei Wochen vor dem Termin, die beste Stelle sichern können.

Am Samstag, dem 31. März, startete unser Infostand zur 35-Stunden-Woche mit Material zum Thema, Parteimaterial, der „Blind-Zeitung", dem „Roten Morgen" und einer Fotoausstellung über den Streik der Stahlarbeiter, die im Winter 78/79 den ersten Streik für die 35-Stunden-Woche durchführten.

Die „Blind-Zeitung" kam gut an. Einige Male wurde auch nach dem „Roten Morgen" verlangt, der auslag, für den wir aber keine gesonderte Werbung gemacht haben.

Gegen Mittag endete unmittelbar vor unserem Stand eine Fahrraddemonstration der arbeitslosen Lehrer in Aachen. Sie kamen in Mülltüten auf ihren Rädern und brachten selbstgetextete Lieder mit auf den Holzgraben. Etwas Stimmung war schnell da, dazu zeigte sich noch die Sonne und schon machte uns unser KPD-Tisch zur 35-Stunden-Woche richtig Spaß.

Zur gleichen Zeit ist in Stolberg (Kreis Aachen) die Wiking-Jugend aufmarschiert. Aus dem Aachener Kreis haben Antifaschisten 200 Menschen als Gegenkundgebung mobilisiert. Auch wir haben dorthin mobilisiert und waren mit allen Genossen anwesend, die nicht am Stand in der Innenstadt gebraucht wurden. Mit den Aktiven der Volksfront zusammen hatten wir in Stolberg einen kämpferischen Auftritt, wie das Wehgeschrei der Wiking-Juhänger in der Presse beweist. Die Presse hat über die Aktion der antifaschistischen Aachener positiv berichtet.

Mit kommunistischen Grüßen von der OG-Aachen
P.

Ami go home!

Der Ober-Olmer Wald (nahe Mainz) ist laut Besatzungsstatut für militärische Zwecke beschlagnahmt. Ein Großteil des Waldes darf nur von Fußtruppen benutzt werden, so daß noch Wanderwege und Trimmpfade durch die Bevölkerung genutzt werden konnten.

Seit Wochen sind nun auch diese Wege unpassierbar geworden, denn mehr und mehr amerikanische Panzer zerwühlen die Wanderwege, reißen Bäume nieder, verschmutzen die Wälder durch Biwakabfälle. Selbst Forstwege sind inzwischen für Fahrzeuge der Forstbehörde nicht mehr befahrbar. Die Landwirte haben erhebliche Manöverschäden. Allein im ersten Vierteljahr wurde für die Zerstörungen im Ober-Olmer Wald ein Schaden von 30000 Mark gemeldet. Diese Summe reicht lediglich für die Reparatur der von den Besatzern aufgebrochenen Schrankenschlösser o.ä., nicht aber für die Behebung der Wald- und Flurschäden selbst.

Die FDP forderte jetzt eine Bürgerfragestunde, in der sich der Kommandant mit den Problemen der Bevölkerung vertraut machen sollte. Die FDP will eine „gute Zusammenarbeit" mit den Amerikanern. „Nicht große Dinge sind es, die eine Freundschaft stören", heißt es in einem FDP-Schreiben, „sondern die kleinen täglichen Nadelstiche gegenseitiger und einseitiger Mißachtung. Deshalb müssen wir miteinander reden: Bürger und Soldaten"

Kleine tägliche Nadelstiche? Wir Bürger sehen das anders. Wer zur Erholung in die Wälder geht und die verwüstete Natur sieht, der gerät schon in Wut. Und wer noch persönlich betroffen ist, wie die Landwirte, die nicht nur die nackte Entschädigung, sondern ihre Arbeit, ihre Freude, ihre Liebe zum Land zunichte gemacht sehen, kann seinen Zorn nicht im „Miteinander-reden" besänftigen.

Um die Natur wiederherzustellen, um sie für die Generationen nach uns zu erhalten und zu pflegen, kann es hier nach wie vor nur die eine Forderung geben: Ami go home!

Französische Soldaten verurteilt: 1 Jahr mit Bewährung

Pressekommuniqué französischer Solidaritätskomitees

Am 29. März wurden zwei französische Soldaten zu je 1 Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Der Grund dieses Urteils des Landauer Militärgerichts: Sie hatten einen Aufruf verbreitet, in dem der Rückzug fremder Truppen aus beiden deutschen Staaten gefordert wurde, der Rückzug französischer Truppen aus der BRD. „Freie Meinung" oder ähnliche Begriffe waren den Militärrichtern nichts wert. Dazu das Pressekommuniqué:

30.3.1984

Sie haben es gewagt. Die Richter des Militärgerichts von Landau haben Olivier Lecour-Grandmaison und Laurent Fritz zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Sie haben damit ein unerhörtes Urteil gefällt, das einen neuen und sehr schweren Angriff auf die demokratischen Freiheiten darstellt. Den beiden Soldaten war vorgeworfen worden, die Zeitung eines Soldatenkomitees herausgegeben zu haben und für einen Aufruf eingetreten zu sein, der den Rückzug der fremden Truppen aus beiden deutschen Staaten fordert. Dieser Aufruf ist bis heute von 800 Soldaten der französischen Garnisonen in der BRD unterzeichnet worden.

Dieses skandalöse Urteil bedeutet, daß die Regierung und die Richter des Militärtribunals zum großen Schlag ausholen wollten, um den Soldaten, die für Frieden und für demokratische Rechte eintreten, einen Maulkorb zu verpassen. Sie sind zu diesem Zweck auch nicht vor der Schaffung eines außerordentlich schweren juristischen Präzedenzfalls zurückgewichen, der darin besteht, daß die beiden Soldaten aus keinem anderen Grund als einer schriftlichen Meinungsäußerung so schwer verurteilt wurden.

Es handelt sich um das schwerste Urteil, das in den letzten 14 Jahren aus politischen Gründen gegen Soldaten gefällt wurde. Seit dem Prozeß von Rennes von 1970 sind Wehrpflichtige nicht mehr zu so schweren Strafen verurteilt worden.

Das Urteil bedeutet also einen Rückschritt in bezug auf die demokratischen Freiheiten, und dies drei Jahre nach dem Antritt der Linksregierung.

Aus all diesen Gründen ist das Komitee für die Solidarität mit den drei Soldaten von Landau keineswegs gewillt, eine solche Negation des Rechts unbeantwortet zu lassen. Es wird zusammen mit Olivier und Laurent, und in Absprache mit ihren Rechtsanwälten die Solidaritätskampagne weiterführen, um zu erreichen, daß die französische und internationale öffentliche Meinung diejenigen verurteilt, die die demokratischen Freiheiten so mit Füßen treten.

Aus „Der Angriff", Betriebszeitung der KPD für Klöckner /Bremen

„Türken raus — was haben wir davon?"

In ihrer Ausgabe vom 20. März veröffentlicht die Betriebszeitung der KPD bei Klöckner/Bremen einen Artikel, der sich mit der sogenannten Ausländerrückführung befaßt. Ganz konkret für den Betrieb wird dabei deutlich, daß die reaktionäre These, durch solche Maßnahmen würden Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter frei, nicht stimmt. Dazu der Artikel:

„Die Türken nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg." Das ist immer noch die Meinung vieler Kollegen. Nun sind schon über 200 Türken über den Sozialplan ausgeschieden oder gehen demnächst. Weitere 110 haben Anträge gestellt, aber Klöckner läßt sie nicht laufen, weil keine Ersatzleute zu kriegen sind — **im Werk**, denn über Neueinstellungen denken unsere Chefs keine Sekunde nach, solange von uns nicht mehr Druck ausgeht. Also rund ein Viertel der türkischen Belegschaft verläßt „freiwillig" seinen Arbeitsplatz, ohne daß irgendjemand von uns einen arbeitslosen Schwager oder Nachbarn auf der Hütte unterbringen kann.

Denn über den Sozialplan kann ja nur derjenige ausscheiden, dessen Arbeitsplatz wegfällt. Das gilt auch für die meisten dreckigen und schlecht bezahlten Arbeitsplätze, die die Türken jetzt freimachen: Flämmerei, Hochofen. Am Hochofen und in vielen anderen Bereichen bleibt die Arbeit die gleiche, wird nur von weniger Kollegen bewältigt. „Türken raus" heißt hier nicht „Deutsche rein", sondern: Deutsche und verbleibende Türken müssen fürs gleiche Geld mehr arbeiten.

Einige Arbeitsplätze werden im Ringtausch wieder besetzt. Als Packer im KW, wo früher türkische Kollegen tätig waren, arbeiten jetzt frisch ausgebildete Handwerker.

Das ist kein Druckfehler! Während in vielen Handwerksbereichen enorme Unterbesetzung herrscht (Überstunden!) werden die zum Packen die jungen Gesellen geschickt, die Klöckner so gnädig übernommen hat.

Hier werden also „türkische" Arbeitsplätze mit Deutschen besetzt. Nur kostet das die Kollegen ihren Beruf, und den Betriegsrat kostet es bekanntlich die Zustimmung zur jetzigen Kurzarbeit.

Spendenliste
Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für die Partei

LBV Ruhr	333,—
W.H., München	100,—
W. St., Münster	220,—
K.K. Neuss	3,—
E.H., Bremen	150,—
insgesamt	806,—

Damit sind in diesem Jahr 9812,50 DM Spenden für die Partei bei uns eingegangen.

Spenden für die Kampagne zur 35 Stunden-Woche

M. L.-K., Bielefeld	1180,—
W. St., Münster	220,—
insgesamt	1400,—

Damit sind bisher für diese Kampagne 5720,— DM Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Morgen"

P. K., München	1000,—
J. H., Coburg	10,—
M. P., Duisburg	30,—
W. St., Münster	220,—
P. M., Tübingen	100,—
insgesamt	1360,—

Damit sind in diesem Jahr 3265,95 DM Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Rebell"

L. K., Lübeck	6,50
K.O., Hamburg	7,—
insgesamt	13,50

Damit sind bisher 2168,50 DM Spenden für den „Roten Rebell" bei uns eingegangen.

Allen Spendern — Schönen Dank!

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Muttertagsaktion in Bonn

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik soll der Muttertag in diesem Jahr nicht (nur) im häuslichen Wohnzimmer, sondern auf der Straße stattfinden. Die Parole heißt „Nicht Blumen, sondern Rechte fordern wir“.

Wie soll die Aktion in Bonn aussehen?

Um zu besprechen, wie der Frauenprotest am 12. 5. in Bonn gestaltet werden soll, trafen sich am 14. 4. 84 ca. 40 Frauen zu einem zweiten Vorbereitungstreffen in Köln. Klar ist, daß sich alle Frauen am Samstag morgen um 10.00 Uhr an der Nordbrücke in Bonn sammeln werden für eine anschließende Demonstration in der Bonner Innenstadt. Die ursprüngliche Idee, Bonn mit einem Netz von verschiedenartigsten Aktionen zu „überspannen“, mußte leider fallengelassen werden, weil die Polizei dafür keine Genehmigung erteilt hat. Stattdessen ist jetzt daran gedacht, in einer langen Schlange von der Innenstadt zum Hofgarten zu ziehen, wo die Abschlußkundgebung stattfinden wird und alle beteiligten Gruppen und Organisationen Gelegenheit zur Selbstdarstellung erhalten. (Auch die KPD wird dort mit einem Stand vertreten sein. Es werden noch Genossinnen gesucht, die dabei mitmachen. Denn je mehr wir sind, desto mehr können wir außer dem Stand selbst auf die Beine stellen. Wer mitmachen will, bitte beim RM melden).

Mißtöne

Leider gab es bei diesem Treffen auch einige schrille Mißtöne. Erstens bei der Debatte um den § 218 im Aufruf für die Aktion. Dort wird nur die Beibehaltung der Notlagenindikation gefordert, die Abschaffung des § 218 nicht. Teile der autonomen Frauenbewegung sind darüber verständlicherweise empört. Denn schließlich ist die Forderung „Weg mit dem § 218“ eine uralte Forderung der deutschen Frauenbewegung. Ob es angebracht ist, aus diesem Grund den Aufruf nicht zu unterstützen, darüber läßt sich sicherlich streiten. Die KPD unterstützt ihn trotzdem. Daß bei der Aktion, die den Anspruch erhebt, zum ersten Mal die gesamte Frauenbewegung zu repräsentieren, auch die § 218-Gruppen mit der Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 Rederecht haben müssen, ob sie nun den Aufruf unterschrieben haben oder nicht, darüber läßt sich nicht streiten, meinen wir. Mechthild Jansen von der DFI und andere Initiatorinnen der Aktion, die ein solches Redeverbot auf dem 2. Vorbereitungstreffen faktisch verhängt haben, sollten sich überlegen, was ihnen wichtiger ist: das Interesse der Frauenbewegung oder bestimmte parteipolitische Rücksichtnahmen.

Womit wir beim zweiten Mißton wären. Entgegen der ursprünglichen Abmachung, daß bei der Abschlußkundgebung ausschließlich betroffene Frauen reden sollten und nicht Vertreterinnen von Parteien und Organisationen, hieß es jetzt plötzlich, es würden u. a. auch Frauen von der SPD, der DKP, der DFI und evt. der Grünen sprechen. Einige anwesende Frauen der GIM, der Demokratischen Sozialisten und der KPD protestierten dagegen und forderten entweder die Einhaltung der alten Abmachung oder Rederecht für alle. Vergeblich. In diesem Punkt gab es bei den Initiatorinnen auch nicht die geringste Diskussionsbereitschaft. Kommentar — siehe oben ...

Europäischer Gerichtshof entscheidet:

Unternehmer müssen durch „wirkungsvolle Maßnahmen“ zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern gezwungen werden!

Drei Frauen bewerben sich und drei Männer werden genommen — so alltäglich fing eine Geschichte an, die jetzt zu einem wichtigen Urteil des europäischen Gerichtshofs führte. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, daß jener Paragraph des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der angeblich die „Gleichbehandlung von Männern und Frauen“ im Arbeitsvertragsrecht behandelt, gegen die EG-Richtlinie von 1976 verstößt. Sie verpflichtet die Mitgliedsländer, „wirkungsvolle Maßnahmen“ zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben zu verabschieden.

Eine Kauffrau aus Hamburg und zwei Sozialarbeiterinnen aus Hamm bzw. Dortmund hatten sich bei der Handelsfirma Tradex bzw. bei der Justizvollzugsanstalt Werl beworben und waren wegen ihres Geschlechts abgelehnt worden. Normalerweise gehen Unternehmer und Behörden bei der Ablehnung von Bewerberinnen nicht so offen vor, sondern schieben irgendwelche anderen Gründe vor, weil der § 661 a (BGB2) die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts verbietet.

Deshalb ist es im allgemeinen für nichteingestellte Frauen auch schwierig, vor dem Arbeitsgericht zu klagen, weil der bereits erwähnte Paragraph es ihnen auferlegt, „glaubhaft zu machen“, daß eine Benachteiligung wegen ihres Geschlechts vorliegt. In diesen drei Fällen war aber eindeutig und von der Firma bzw. der Behörde unbestritten, daß die drei Frauen deshalb nicht eingestellt wurden, weil sie Frauen sind. Die Klagen der drei Frauen vor dem Arbeitsgericht in Hamburg bzw. in Hamm hatten dann auch Erfolg.

Aber gerade die Feststellung der beiden Arbeitsgerichte, daß die Nichteinstellung der drei Frauen gesetzwidrig war, machte die Lächerlichkeit des sogenannten Anti-Diskriminierungsparagraphen deutlich. Den drei Frauen wurden 2,31 DM bzw. 7,20 DM Entschädigung zugesprochen. Das entspricht der Regelung im Absatz 2 des § 611 a, die abgewiesenen Bewerberinnen nur die Erstattung des Schadens zugesteht, der ihnen dadurch entstanden ist, daß sie darauf vertraut haben, nicht wegen ihres Geschlechts benachteiligt zu werden. Im Klartext: Schadenersatzansprüche bestehen nur für die Kosten, die durch die Bewerbung entstanden sind — in der Regel wird also das Briefporto ersetzt.

Das fanden nun selbst die Arbeitsgerichte in Hamm und Hamburg unzureichend und sie wandten sich im Rahmen von sogenannten Vorabentscheidungsgesuchen an den Europäischen Gerichtshof.

Der Europäische Gerichtshof sprach in seinen Urteilen den drei Frauen zwar weder das Recht auf die Stellen zu, um die sie sich beworben hatten, noch eine höhere Schadenersatzsumme, weil die EG-Richtlinie es den nationalen Gesetzgebungen überlassen habe, welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung von geschlechtlichen Benachteiligungen getroffen werden. Aber der Gerichtshof stellte fest, daß der Ersatz der Bewerbungskosten keine „wirksame Maßnahme“ im Sinne der EG-Richtlinien von 1976 ist. Der Europäische Gerichtshof verlangt, daß die Mitgliedstaaten gesetzliche Maßnahmen ergreifen, die einen „tatsächlichen und wirkungsvollen Rechtsschutz“ gewährleisten.

Als Folge des Spruchs der EG-Richter ist zu erwarten, daß der Absatz 2 des § 611 A (BGB 2) geändert wird. Die Europäische Kommission hat ein unabhängig von diesem Urteil in Gang gesetztes Klageverfahren gegen die Bundesregierung wegen Nichteinhaltung der EG-Richtlinien zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen nun um den Punkt „Diskriminierung bei der Einstellung“ erweitert.

Die drei Frauen können nun vor den Arbeitsgerichten Hamm bzw. Hamburg gestützt auf dieses Urteil des Europäischen Gerichtshofs ihre Klage auf angemessene Entschädigung weiterverfolgen.

Heiratsschwindler Dr. Geißler

Einen Heiratsschwindler nannte Ingrid Matthäus-Meier Familienminister Dr. Heiner Geißler in der Bundestagsdebatte zum Thema Frauen in der letzten Woche. In der Tat, daß gerade für die Frauen alles besser werden solle, war vor der Bundestagswahl einer der Hauptwahlschlager der Herrn Geißler und Co. Nach dem „Ja“-Wort sah dann alles ganz anders aus ...

Auch sonst wurde in diesen vier Stunden ungewohnt viel Kritik laut. Ungewohnt auch das Bild am Rednerpult, an dem in diesen vier Stunden so viele Abgeordnetinnen sprachen wie sonst in Monaten nicht. (Was man der Zeitungsberichterstattung über diese Bundestagsdebatte übrigens so ohne weiteres nicht entnehmen konnte. Denn zitiert und berichtet wurde im wesentlichen über das, was die „Herren der Schöpfung“ von sich gaben.)

Aber Redeschlachten alleine helfen den Frauen nicht weiter. Daß es beispielsweise die SPD mit ihrer wortreichen Kritik an der Frauenpolitik der CDU/CSU ernst meint, muß sie schon durch Taten unter Beweis stellen — z. B. indem sie in den Kommunen, wo sie die Mehrheit hat, endlich Schluß macht mit der Rotstiftpolitik auf dem Rücken der Frauen.

Das ist Betrug an den Frauen

Die Stiftung „Mutter und Kind — zum Schutz des ungeborenen Lebens“, deren Gründung des Bundeskabinett jetzt beschlossen hat, ist bei „pro familia“ auf heftigen Protest gestoßen. Warum die Kritik an einem Projekt, daß doch Geldmittel — 25 Millionen — für Frauen zur Verfügung stellt?

Die nebenstehend dokumentierte Stellungnahme von „pro familia“ aus dem Saarland macht deutlich, worum es geht.

Einer trage des anderen Last, heißt es so schön in einer von vielen biblischen Empfehlungen zum menschlichen Miteinander. Hat Familienminister Dr. Geißler diesen Spruch im Ohr gehabt, als er beschloß, ab August 1984 für eine Bundesstiftung „Mutter und Kind — zum Schutz des ungeborenen Lebens“ 25 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen? Dies ist an sich sehr edel. Nur: wo kommt dieses Geld her? Das Mutterschaftsgeld wird um 40 Prozent gekürzt. Die Neuverteilung eines Teiles dieser Einsparung bei bedürftigen Müttern für bedürftige Mütter kann man nur als scheinheilig und heuchlerisch bezeichnen. Da wird auf der einen Seite Geld gespart (337 Millionen), um einen Teil davon auf derselben Seite wieder einzusetzen, mit dem Ziel, Schwangerschaftsabbrüche bei finanzieller Notlage zu verringern.

Gar wunderbar ist auch die Auslegung der oben zitierten biblischen Empfehlung, wenn es um den Schwangerschaftsabbruch wegen allgemeiner Notlage geht. Da soll in Zukunft den Schwangeren die Last der Entscheidung abgenommen werden, indem a) die Krankenkassen den Abbruch nicht mehr bezahlen, b) die Kriterien zur Indikationsstellung entschieden verschärft werden, c) die Beratungsstellen ihren Beratungsauftrag umformulieren und die Schwangere zum Austragen des Kindes und anschließender Freigabe zur Adoption drängen sollen, und d) zunehmend Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft keine Abbrüche mehr durchführen dürfen, es sei denn, medizinisch indiziert. Wahrhaftig von der Last der Entscheidung befreit, die sich der Staat nun auf die breiten Schultern geladen hat, wird die Schwangere den Weg in die Illegalität suchen: Sie wird zum Kurpfuscher gehen oder (sofern sie etwas mehr Geld hat) nach Holland fahren. Und die Abtreibungsgegner können jubeln: Die Zahl der Abbrüche konnte gesenkt werden. Über so viel Naivität im Denken könnte man lächeln, wenn die ganze Angelegenheit nicht mit dem Blut der betroffenen Frauen bezahlt würde.

Die Notlagenindikation war und ist Christdemokraten seit jeher ein Dorn im Auge. Um Himmels willen, rufen sie aus, und schlagen die Hände überm Kopf zusammen, in unserem Staat mit einem Bruttosozialprodukt von 1,5 Billionen Mark werden 77 Prozent aller Schwangerschaftsabbrüche wegen sozialer Notlage durchgeführt! Uns Praktikern aus der Beratungsstelle sei ein Kommentar erlaubt, denn wir wissen mehrüber die Gründe der Abbrüche, als je ein Politiker oder Kirchenmann phantasieren kann: Ein nicht unerheblicher Teil der Notlagenindikationen wird gestellt, obwohl medizinische, eugenische oder kriminologische angebracht wären. Da ist z. B. eine an Gelbsucht erkrankte Schwangere, da sind die vielen Schwangerschaften, die trotz des Tragens einer Spirale entstanden, da sind die Schwangerschaften, die auf Vergessen einer Pille oder auf Brechdurchfall bei der Pilleneinnahme beruhen — all diese Grenzfälle in der Medizin, bei denen kein Arzt mit Sicherheit behaupten kann: Das Kind ist gesund. Aber auch das Gegenteil ist nur schwer zu beweisen. Langzeituntersuchungen über Spiralenkinder und Pillenkinder in den USA lassen stark vermuten, daß hier ein großes Risiko vorliegt.

Kann man es den Müttern verübeln, daß sie sich nicht 9 Monate lang mit Ängsten quälen möchten? Doch die deutschen Ärzte stellen allgemein nicht gern die eugenische Indikation aus, da man in der frühen Schwangerschaft die Schädigung des Embryos nicht nachweisen kann. Ebenso gehandhabt wird die medizinische Indikation: Wenn die Schwangerschaft nicht gerade lebensgefährlich für die Frau ist, wird die medizinische Indikation nicht gestellt. Wo bleiben dann all die Frauen, die sich zu alt, zu krank, zu schwächlich, körperlich und seelisch zu belastet fühlen für ein weiteres Kind? Sie tauchen in der Statistik unter sozialer Notlage auf. Frauen die vergewaltigt wurden, schämen sich oftmals, den Arzt um eine kriminologische Indikation zu bitten, da sie peinliche Verhöre fürchten. An Leib und Seele verletzt, möchten sie einen Schlußstrich ziehen unter diese Erfahrung und sich vor neugierigen und unverschämten Fragen schützen. Wer vergewaltigt wird, ist selbst schuld — das weiß das Volk schon lange: und vergewaltigte Frauen fühlen sich schuldig. Auch hier: Die soziale Notlagenindikation an Stelle der kriminologischen.

Zurück zur Notlagenindikation: Welche Männerphantasien haben das leichtlebige Weibsbild geschaffen, das sich um Verhütung nicht kümmert, in Luxus dahinlebt und beim Feststellen der Schwangerschaft achselzukkend sagt: „Dann laß ich es halt wegmachen, es ist schließlich legal.“

In der Beratung haben wir dieses Phantom nicht entdecken können. Statt dessen sitzen bei uns Frauen, denen die Tränen manchmal nicht nur bis zum Hals stehen, die von ihren Männern, Freunden verlassen wurden (z. T. wegen der Schwangerschaft), die verschiedene Verhütungsmittel nicht vertrugen oder einfach mal eine Pillenpause machen mußten, in denen der „Herr“lichste von allen nicht bereit war, ein Kondom überzustreifen; da sind ganz junge Frauen, die keinen Beruf haben (und er auch nicht), die die Lehre beenden wollen oder ihr Studium — denn wie sähe ihr Leben aus, wenn sie statt einer Ausbildung und einer Stelle ein Kind hätten, als Alternative, versteht sich. Daß sich ein Politiker nicht vorstellen kann, alleinstehender Vatermutter zu sein, ist klar; denn er könnte sich eine Tagesmutter kaufen. Daß gerade dies die meisten alleinstehenden jungen Mütter nicht können, wird sich auch durch die 25 Millionen zum Schutz des ungeborenen Lebens nicht ändern, oder wäre Dr. Geißler bereit, in seinem Alter diese wesentliche Erfahrung zum Verständnis der Frauen noch nachzuholen: seinen Posten aufgeben, sich einem Säugling widmen, nachdem ihn die leichtfertige Austrägerin der Leibesfrucht verlassen hat, und ein beglückendes und erfüllendes Leben führen als Muttervater, finanziert von den Millionen und Abermillionen der Bundesstiftung „Mutter und Kind“.

Ach nein, dies bleibt ein Wunschtraum, der an der harten Realität scheitern muß: Denn a) ist Herr Dr. Geißler ein Mann und kann nicht schwanger werden und b) hat er genug klingende Münze und Knwo-how, um gegebenenfalls einen verschwiegenen Arzt zu finden.

Bremen: 85 Prozent der Stellenangebote richten sich nur an Männer

Seit einiger Zeit existiert in Bremen eine Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau. Diese Zentralstelle hat jetzt eine Untersuchung darüber veröffentlicht, wie es in Bremen mit der seit zwei Jahren vorgeschriebenen geschlechtsneutralen Stellenausschreibung aussieht. Das Ergebnis ist verheerend.

Nachdem die Zentralstelle für Gleichberechtigung ein Jahr lang den Anzeigenmarkt überprüft hat, stellte sie folgendes fest: 85 Prozent aller Stellenangebote richten sich ausschließlich an Männer. 10 bis 15 Prozent sprechen Frauen und Männer gleichzeitig an. Anzeigen, die sich an Frauen wenden, bieten in der Regel schlecht bezahlte, heilende und helfende Berufe. Fazit der Zentralstelle: „Frauen werden als potentielle Bewerber für gute Stellen nicht einmal mehr angesprochen.“

Die Zentralstelle schrieb anschließend an 436 Unternehmen, die gegen die Vorschrift über die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung verstoßen hatten. Eines der 436 Unternehmen: der öffentliche Dienst in Bremen. Um eine Stellungnahme gebeten, antwortete die Hälfte der Unternehmer gar nicht, einige wenige entschuldigten sich und 58 Unternehmen erklärten, „daß unter einem Mitarbeiter auch eine Mitarbeiterin, unter einem Verkäufer auch eine Verkäuferin, unter einem Bezirksleiter auch eine Bezirksleiterin, kurz, unter einem Mann auch eine Frau zu verstehen sei“!

Unsere Meinung: Solange den Unternehmern nur gesagt wird, sie „sollen“ ihre Stellenausschreibungen geschlechtsneutral gestalten, wird sich auch nichts ändern. Das muß ihnen gesetzlich zwingend vorgeschrieben und ein Verstoß dagegen empfindlich bestraft werden!



Jubiläumsveranstaltung des PAC in Bonn

25 Jahre im Kampf für die Freiheit Azanias

In Bonn, im Restaurant Tulpenfeld, begingen die in der BRD wohnenden Mitglieder des „Pan Africanist Congress" von Azania (Südafrika) den 25. Jahrestag der Gründung ihrer Organisation. Unter den rund 40 Teilnehmern waren auch Delegationen der KPD, des BWK, der Volksfront sowie des Arbeitskreises Afrika aus Münster.

In seiner Rede zeichnete der Sprecher des PAC noch einmal die Geschichte seiner Organisation in diesen 25 Jahren nach, den Kampf, der trotz der ständigen Verfolgung durch das Siedlerregime niemals aufgehört hat. Immer wieder wurden in diesem Vierteljahrhundert große Massenprozesse wegen PAC-Mitgliedschaft geführt, Tausende wurden deswegen eingekerkert und gefoltert. Doch weder gelang es der Rassistendiktatur die militanten Organisationen, die der PAC geschaffen hat zu vernichten, noch den PAC selbst. Aus der jüngsten Zeit hob er in seiner Rede vor allem die Erfolge bei der Gründung schwarzer Gewerkschaften hervor.

Diese Rede wurde von einer ganzen Reihe sehr gekonnt vorgetragener Lieder der PAC-Mitglieder umrahmt und von einem Diavortrag des Akafrik über die Überführung von drei Fahrzeugen, die sie dem PAC als Ergebnis einer Spendensammlung überbrachten, abgeschlossen.

In den Diskussionen am Rande der Veranstaltung wurde deutlich, daß es, wie in bezug auf andere Länder auch, das Problem gibt, das etwas breiter bekannt in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nur jene Organisationen sind, die von den modernen Revisionisten beeinflußt sind und von ihnen dementsprechend auch propagiert werden. Was auch daher kommt, daß die Revolutionäre in diesem Bereich ohne Zweifel ein Defizit ihrer Arbeit haben. Was für Azania oft genug heißt, daß nur der ANC — wenn überhaupt — bekannt ist. Dabei geht es gar nicht um die Frage des Eintretens für bestimmte Organisationen, sondern um das Problem, daß dadurch ganze politische Strömungen im Freiheitskampf aus der Solidaritätsbewegung herausfallen.

Als Gegenbeispiel wurde die kürzlich durchgeführte Rundreise eines Vertreters der schwarzen Gewerkschaften durch die BRD genannt, an deren Veranstaltungen rund 1500 Menschen teilnahmen. Die Genossen des BWK überreichten dem PAC-Sprecher eine Dokumentation über diese Rundreise.

In der Grußadresse unserer Partei hieß es aufgrund dieser Tatsachen unter anderem: „Aus diesem Grunde verstärkt er (der westdeutsche Imperialismus) in der letzten Zeit seine Bemühungen, die Lage in Azania und auch in Namibia schönzufärben, als entweder normal oder in positiver Entwicklung befindlich zu bezeichnen und so die werktätigen und fortschrittlichen Menschen unseres Landes über die Verbrechen, die er an eurem Volk mitbegeht, zu täuschen. Dies muß für die westdeutschen Kommunisten und Antiimperialisten erst recht Grund sein, ihre Arbeit zur Aufklärung über die wahre Lage in Azania, zur Organisierung der Solidarität zu verstärken und unsere Partei wird dies tun."

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Hungersnot in Brasilien

„... werden hier noch in diesem Jahr drei Millionen Menschen verhungern!"

Und die Reichen werden dabei immer reicher

Vor einigen Wochen berichtete der Rote Morgen über die Hungersnot in Afrika. Aber Hunger ist kein Problem allein des schwarzen Kontinents. Brasilien — das Land gilt gemeinhin als das reichste des südamerikanischen Erdteils — mit fortgeschrittener Industrialisierung — erlebt zur Zeit eine schreckliche Hungerkatastrophe.

„Ohne Wasser und ohne wirksame Regierungshilfe werden hier noch in diesem Jahr drei Millionen Menschen verhungern", das teilte der Erzbischof von Fortaleza der Presse mit. Fortaleza ist die Hauptstadt der Provinz Ceará, einer der brasilianischen Nordprovinzen, in denen sich die Hungersnot immer mehr ausweitet.

Seit fünf Jahren ist im Nordosten Brasiliens kein Regen gefallen. Ein Gebiet, rund sechs mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, mit über 30 Millionen Einwohnern verwandelt sich langsam aber stetig in eine Wüste.

Diese Entwicklung ist kein plötzliches, unerwartet aufgetauchtes Phänomen. Schon lange sind ähnliche Dürreperioden in dieser Region bekannt, Vorsorge hätte getroffen werden können. Pläne und große Worte dazu gibt es seit mehr als hundert Jahren.

Nach einer Dürreperiode 1877 versprach der damalige Kaiser von Brasilien unter Tränen, eher seine Krone zu verkaufen, als soetwas wie die damalige Hungerkatastrophe nochmals mitansehen zu müssen.

Das waren natürlich leere Worte, aber klar war schon damals, daß das Elend, das aus den langen Trockenperioden entsteht, abwendbar ist, wenn Staudämme, Bewässerungsanlagen, Brunnensysteme gebaut würden. Die Zentralregierung von Brasilien richtete dann 1919 die „Amtsstelle für Arbeiten gegen die Trockenheit" ein, die aber außer einem großen Verwaltungspalast in Fortaleza nicht viel Handfestes vorweisen kann.

Eine weitere Hungersnot Ende der fünfziger Jahre führte dann zur Einrichtung der „Behörde für die Entwicklung des Nordostens", abgekürzt: „Sudene".

Die Sudene wurde aktiv. Zunächst einmal wurden 2000 Arbeitsplätze geschaffen: für die Beamten der Behörde. Außer einem riesigen Verwaltungsapparat baute die Sudene in den nächsten Jahren aus den ihr zur Verfügung gestellten Steuergeldern vor allem nutzlose Prunk- und Renomierbauten. In Sachen Landreform z.B. tat sich überhaupt nichts. Tränen aber gab es wieder von einem Besucher: Der Präsident der Militärjunta Medici vergoß sie anläßlich einer Reise durch die Hungerprovinz im Jahre 1971.

Die konkreten Maßnahmen in den letzten Jahren haben nie den Armen geholfen, im Gegenteil, sie haben deren Lage noch entscheidend verschlechtert: Viele Projekte, wie Steueranreize, zinsgünstige Kredite, Straßenbau und Maßnahmen zur besseren Energieversorgung nutzten nur den Reichen, den Unternehmern und Großgrundbesitzern und wurden von denen auch noch gegen die kleinen Leute ausgenutzt. Die Großgrundbesitzer haben sich in dieser Region Brasiliens an den Kleinbauern bereichert, sie auf schlechtere Böden abgedrängt und haben heute nicht nur die größten Ackerflächen, sondern auch die besten, die ertragreichsten in ihrem Besitz.

Von der gesamten Anbaufläche des Nordostens ist über die Hälfte im Besitz von wenigen Großgrundbesitzern, dann kommen die großen und mittleren Bauern — nur 4 Prozent des Bodens bebauen die Kleinbauern. Das bedeutete aber nicht nur eine wirtschaftliche Ruinierung, bittere Not für die kaputtgemachten Kleinbauern, sondern veränderte auch noch die sowieso schon kritische Ernährungslage in diesem Gebiet.



Mit der größten Demonstration in der Geschichte Brasiliens ging am 10.4. eine mehrwöchige Kampagne für die Direktwahl eines Präsidenten zu Ende. Die Kampagne mobilisierte Millionen im ganzen Land gegen die Pläne der Militärdiktatur, einen neuen zu wählenden Präsidenten nicht vom Volke, sondern von einem (von den Militärs manipulierten) Wahlmännerausschuß bestimmen zu lassen.

Am 25. April wird in Brasilia die Entscheidung fallen. Der jetzige Staatspräsident von Gnaden der Militärs, Figueiredo will den Forderungen nicht nachkommen — das Volk aber hat mit den großen Demonstrationen im ganzen Land klargemacht, daß es die Selbstherrschaft der Militärdiktatur, die seit 1964 andauert, nicht länger ertragen will.

Denn der sich ausweitende Großgrundbesitz produziert auf seinen riesigen Besitzungen immer weniger Nahrungsmittel für die heimische Bevölkerung und immer mehr Erzeugnisse für den Export, wie z.B. Baumwolle. So vergrößert auch diese Entwicklung, die immer geringer werdende landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion, das Elend der Menschen.

Dieser Prozeß wird noch durch zwei weitere Tatsachen unterstützt. Zum einen haben die Kleinbauern — und hauptsächlichen Nahrungsmittelproduzenten dort keinen Zugang zu den Krediten und Agrarsubventionen. Diese sind aber Voraussetzung für den Bau von Bewässerungsanlagen, Brunnen usw. Zum anderen spekulieren die Reichen mit den Hilfsgeldern für diese Region, legen sie entweder sofort in Immobilienprojekte in „besseren" Gegenden an oder spekulieren mit ihrem Landbesitz. Neben der Bodenspekulation sind auch Fälle wie der folgende nicht gerade selten.

Ein Bankdirektor vergab an Freunde und Bekannte umgerechnet 31 Millionen Mark „Regierungskredit zur Förderung landwirtschaftlicher Produktion". Die Kreditnehmer, fast ausnahmslos Großgrundbesitzer versicherten nun schnell ihre sowieso brachliegenden Felder gegen Ernteausfall. Danach kassierten sie unter Berufung auf die langanhaltende Dürre hohe Ernteausfallentschädigungen. Mit dem so schnell gewonnenen Geld wiederum kauften sie Grund und Boden von Kleinbauern auf (die wegen hoher Verschuldung oft gar nichts dagegen tun können) und konnten noch immense Summen in Appartements an der Küste investieren. Ein Staatsanwalt, der diese Sache aufdeckte und Ermittlungen aufnahm, wurde ermordet. Bewiesenermaßen von einem der Kreditnehmer dieser Betrügerei, dem Polizeimajor José dos Anjos. Der konnte ungehindert nach Uruguay fliehen, seine Helfershelfer sind alle befördert worden, er selbst bezeichnet sich in viel veröffentlichten Leserbriefen immer als Opfer einer „kommunistischen Verschwörung".

So wird mit Millionenbeträgen in dieser Region Brasiliens geschoben und spekuliert, während Hunderttausende am Hungertuch nagen. Alltag in einer Region, die vom Pro-Kopf-Einkommen her auf dem gleichen Niveau liegt wie das ärmste Land Lateinamerikas, Haiti.

In einigen Gegenden des Nordostens von Brasilien stirbt zur Zeit jedes zweite Baby. Während die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit in Brasilien bei 8 Prozent liegt, liegt sie im Nordosten bei 25 Prozent. Die Menschen sammeln Eßbares im Müll, essen Kakteenblätter, jagen Ratten, Mäuse, Eidechsen und Schlangen. Mit dem, was die Armen dort als Essen zu sich nehmen, hat ein wissenschaftliches Institut in Recife eine Versuchsreihe gemacht. Solches Essen setzten sie Ratten vor, die, wenn sie überhaupt überlebten, nur ein Drittel der Größe normaler Tiere erreichten.

Die Menschen im Nordosten Brasiliens haben nicht viele Alternativen. Solange es geht, sich von Unkraut und Ungeziefer zu ernähren, oder sich selbst als Sklave zu verkaufen. Zu Tausenden holen Großgrundbesitzer oftmals viele hundert Kilometer weit aus den Hungergebieten billigste Arbeitskräfte, die ihre ersten Löhne zunächst mal für den Transport und die Kopfprämie für die Menschenhändler zahlen müssen.

Etwas Arbeit gibt es noch bei staatlichen Notstandsprogrammen. Brunnenbau, Straßenbau, Viehzäune werden gezogen. In den allermeisten Fällen kommt das den Besitzungen von Großgrundbesitzern, Bürgermeistern und einflußreichen Politikern zugute. Die Bezahlung dafür: umgerechnet 35 DM im Monat, rund ein Drittel des gesetzlichen Mindestlohns, der in Brasilien 110 DM betragen soll. Davon können die Menschen ihre Familien nie ernähren, diese Notstandsprogramme vermehren auch nur den Reichtum und die Macht der Besitzenden.

Die Landflucht, getragen von der Hoffnung, in den großen Städten Arbeit und Brot zu finden, ist dort auch keine Alternative. Die Stadt Fortaleza z.B. wächst seit Beginn der letzten Dürreperiode um monatlich 50000 Menschen. Und die haben keine Chance dort: Arbeitslosigkeit und Kriminalität wachsen dort schneller als die Bevölkerung.

Eine andere Alternative wird immer öfter angewandt: Man könnte als „kollektive Selbsthilfe" umschreiben, was die Menschen aus Verzweiflung, aus Haß auf die Ungerechtigkeit und die Ausbeutung tun: Plünderung von Nahrungsmittellagern und Lebensmittelläden. Überall in der ganzen Region passierte es in der letzten Zeit — hundertfach.

Die Besitzverhältnisse, die Macht der Reichen, ihre Politik der Ausbeutung und Unterdrückung sind die wahren Ursachen des massenhaften Hungertodes im Nordosten Brasiliens. Die Dürrezeit wäre bei — schon lange technisch möglicher — Vorsorge keine Sache, die Millionen Menschenleben gefährdete. Die Macht und die Geldgier der Ausbeuter erst macht die Trockenzeit zu einer Bedrohung für so viele Menschen.

CIA und Contras im Auftrag des US-Imperialismus

Nicaragua unter Feuer

Solidarität mit dem kämpfenden Volk

Fortsetzung von Seite 1

In der vergangenen Woche hatte Nicaragua die USA vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagt. Konkreter Anlaß waren die vielen Beweise für die Unterstützung und direkte Teilnahme der USA an den Verminungsaktionen nicaraguanischer Häfen. (Der RM berichtete). Der Internationale Gerichtshof ist praktisch das rechtsprechende Organ der UN, das bei Streitigkeiten zwischen UN-Mitgliedsstaaten entscheiden soll. Nachdem die USA die Verurteilung ihrer Politik durch eine Mehrheit der UN-Staaten im Sicherheitsrat in der letzten Zeit immer nur durch ihr Vetorecht verhindern konnten, hat Nicaragua jetzt den Internationalen Gerichtshof angerufen. Die Reaktion Washingtons war klar und eindeutig: die Reagan-Regierung kündigte für einen Zeitraum von zwei Jahren an, daß sie keinerlei Rechtssprüche des Haager Gerichts in Sachen Zentralamerika mehr anerkennen würde. **Wenn also das Vetorecht in der UN zum Schutz jeglicher US-Politik vor internationaler Verurteilung nicht mehr ausreicht, wird einer hohen UN-Behörde von Seiten der Reagan-Regierung jegliche Legitimation abgesprochen, man kümmert sich in Washington einen Dreck um internationales Recht.**



Dieses Plakat, Nachdruck des RM-Posters aus der Nr. 13/ 84 kann zum Preis von 3,__ DM (incl. Porto!) beim Verlag bestellt werden.

Corinto

Am schwersten betroffen von der Verminung wurde der Hafen von Corinto an der Pazifikküste. Über diesen Hafen wurden bislang 75 Prozent des nicaraguanischen Außenhandels abgewickelt. Der chronische Devisenmangel und die eminent hohe Auslandsverschuldung machen den Außenhandel zu einem wichtigen Faktor der Entwicklung des Landes überhaupt. Die Verminungsaktion vor Corinto ist deshalb besonders bedrohlich für das Land. Inzwischen schon sieben Schiffe auf Minen gelaufen sind, weichen immer mehr Reedereien auf Häfen im südlich gelegenen Costa Rica aus, von wo die Fracht dann über den Landweg weitertransportiert wird. In Corinto selbst stauen sich die zu exportierenden Güter. Jetzt hat man begonnen, mit leicht umgebauten Trawlern, Schiffen der Fischereiflotte Nicaraguas, die Minen zu suchen und zu räumen. Ein gefährliches und landwieriges Unterfangen. Und von daher war die Verminung Corintos „erfolgreich", im Sinne der Feinde des freien Nicaraguas, nicht nur weil der Außenhandel beeinträchtigt wurde, sondern weil sich auch schon die bestehenden Versorgungsengpässe im Lande verschärften.

Neben dieser Aktion, von der vier Häfen betroffen sind, haben die Überfälle der Contras an der Nord- wie auch an der Südgrenze Nicaraguas zugenommen. Von Norden her mehren sich die Attacken der rechtsgerichteten FDN, einer Nachfolgeorganisation von Somozas Nationalgarde. Sie verminen vor allem Straßen im Grenzgebiet zu Honduras, wovon auch die wichtige Verbindung zwischen dem nördlichen Atlantikküstenhafen Puerto Cabezas und dem Grenzort Waspan betroffen sein soll.

San Juan del Norte

Dramatisch entwickelt sich die Situation im Süden Nicaraguas im Grenzgebiet zu Costa Rica, wo an der Atlantikküste die Truppen des Eden Pastora, der in Costa Rica „freies Hinterland" hat, im unwegsamen, fast sumpfigen Gebiet der Provinz Süd-Zelaya operiert. Die Hafenstadt San Juan del Norte ist offensichtlich nach einer breit angelegten Großoffensive der Banden der „ARDE" von Pastora in deren Hände gefallen. Der Stabschef der nicaraguanischen Streitkräfte sagte in der vergangenen Woche: „Noch nie haben wir eine derartige massive logistische Unterstützung erlebt." Dazu gehöre elektronische Spionage und die Fähigkeit des Gegners, die militärische Kommunikation der Armee abzuhören und zu stören. Tomas Borge, der Innenminister Nicaraguas erklärte am vergangenen Freitag ganz Nicaragua zur „Kriegszone". Es mag sich unbedeutend anhören, wenn man in Managua von 8000 Rebellen berichtet, die ins Land eingedrungen seien. Wenn man sich aber die Größenordnung der Hafenstädte, der sehr kleinen, aber bedeutenden Marktflecken vergegenwärtigt, wird die Gefahr klarer. So konnte die Hafenstadt San Juan del Norte offensichtlich von 400 Söldnern Pastoras eingenommen, bzw. belagert und von der Außenwelt abgeschlossen werden. Die in der Stadt präsente Armee-Einheit betrug 75 Mann. Trotzdem ist mit dieser Aktion eine große Gegend von ihrem einzigen Hafen, ihrer einzigen Verbindung nach „außen" abgeschnitten.

Konzertierte Aktion

Die zeitgleiche Häufung der Überfälle, der Anschlag gegen den Außenhandel und die Versorgung des Landes, die verstärkten Aktivitäten der Contra, die Menschen und viele Mittel im Abwehrkampf binden, sind sicher kein Zufall. Alles deutet hier auf eine „konzertierte Aktion von USA und ihren Helfershelfern in den konterrevolutionären Gruppen hin. Angeleitet vom CIA wird hier ein großer Schlag gegen das freie Nicaragua geführt — nicht zufällig nach der Ankündigung freier Wahlen im Lande, die die sandinistische Regierung im Februar machte. Das Land zu destabilisieren, auszuhungern, auszubluten, das ist der Weg der Konterrevolution. Und sollte es deswegen vielleicht keine Wahlen, oder Wahlen zu einem späteren Zeitpunkt geben, die Schuld würde wiederum den Sandinisten zugeschoben. Und nicht zuletzt ist in der nächsten Zeit — sollte die Contra nicht abrupt gestoppt werden — mit der „Ausrufung befreiter Gebiete" zu rechnen. Gebiete, von den Contras besetzt und unter Kontrolle, die dann als lebendige Propaganda gegen das freie Nicaragua benutzt werden sollen.

Die Lage in Nicaragua spitzt sich zu. Genauso wie das Volk von Nicaragua in diesen Tagen seine Kräfte anspannen muß, um den vielfältigen Bedrohungen und Gefahren standzuhalten, gilt das auch für jeden Internationalisten. Und so heißt es heute, gemeinsam dafür eintreten, daß Nicaragua seinen Weg allein, selbständig ohne Einmischung von außen gehen kann: **Hände weg von Nicaragua.**

Korrespondenz aus Württemberg

Beobachtungen in der Türkei 1984

Erfahrungen, Beobachtungen und Eindrücke eines 20jährigen türkischen Arbeiters, dessen Vater seit über 20 Jahren in Württemberg arbeitet und der selbst seit 12 Jahren in Deutschland lebt, deutsch spricht und denkt, anläßlich eines Ferienaufenthaltes in Istanbul.

Ich, Kemal D., war zum Jahreswechsel 83/84 für drei Wochen in Istan bul, dem größten Wirtschafts- und Kulturzentrum in der Türkei. Was ich dort selbst erlebt und von Freunden erfahren habe, hat mich sehr bewegt. Sie haben mich gebeten, das Erlebte den Deutschen und meinen türkischen und kurdischen Landsleuten in Deutschland weiterzuvermitteln.

Am auffälligsten war das riesige Heer der Arbeitslosen. Zu Zehntausenden stehen sie täglich vor den verschiedenen privaten Arbeitsvermittlungen, aber nur einige hundert bekommen für ein paar Stunden Arbeit. Gleichzeitig werden die Arbeitslosen von regierungsfreundlichen Zeitungen als arbeitsscheue Lumpen beschimpft. Es wird so getan, als ob Arbeit genügend vorhanden wäre. Aber es gibt keine Arbeit. Und täglich kommen mehr Menschen nach Istanbul, um Arbeit zu suchen. Viele von ihnen werden mit Gewalt wieder in ihre verelendeten Dörfer zurückgeschickt.

Die Grundbesitzer und Spekulanten in Istanbul reißen für ihre Großprojekte inzwischen unter Polizeischutz ganze Gebiete der „Gecekondus" nieder. „Gecekondus" sind einfache, von den Armen gebaute und gekaufte Hütten. Oft haben die verarmten Menschen ihr ganzes Geld in diese Unterkünfte hineingesteckt. Über zwei Millionen Menschen leben allein in Istanbul in solchen Gecekondus. Obdachlos und völlig mittellos stehen die Betroffenen dann auf der Straße. Von der Polizei werden sie mit Knüppeln weggejagt; die armen Menschen sollten sich am besten in Luft auflösen.

Es gibt viele Möglichkeiten, in eines der zehn Gefängnisse von Istanbul eingeliefert zu werden. Wie aus Zeitungsmeldungen zu erfahren war, muß dies etwa zehn- bis zwölftausend Menschen „gelungen" sein. Manchmal werden mehrere hundert Personen in einer einzigen „Verhandlung" zu monate- oder jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Daß dort Folter an der Tagesordnung ist, weiß inzwischen jeder. Die Haftbedingungen sind, harmlos ausgedrückt, unmenschlich. Oft sind 40 bis 60 Menschen wie Schafe in einer einzigen Zelle zusammengepfercht. Die Gefangenen dürfen weder Angehörige noch Anwälte empfangen. Besonders zu leiden haben weibliche Häftlinge. Wer gegen die grausame Behandlung protestiert, bekommt Haftverschlechterung, was auf deutsch Folter heißt. Fast jede in der Türkei lebende Familie hat einen oder mehrere Angehörige im Gefängnis. Sowohl die wirtschaftlichen wie die humanitären Bedingungen sind für die Mehrheit der Bevölkerung unerträglich.

Dennoch ist im öffentlichen Leben gemeinsamer Widerstand nicht zu sehen. Die zukurzgekommenen Menschen sind völlig rechtlos, darum mißtrauisch, gedrückt und verschwiegen wie das Tote Meer. Es gibt aber überall bewußte Menschen, die bereit sind, für die Menschenrechte einzutreten. Politisch Basis-Arbeit wird, wenn überhaupt, nur unter engen Freunden hinter verschlossenen Türen gewagt. Wirklich demokratische Organisationen sind verboten. Darum werden immer wieder Flugblätter und Zeitungen illegal gedruckt und heimlich verteilt. Selbst meine Freunde haben mich zunächst mißtrauisch geprüft, ob sie mir vertrauen können. Erst dann haben sie mir ihre Sorgen und Nöte anvertraut und Informationsdrucke überreicht. Wer mit einem verbotenen Flugblatt erwischt wird, hat mit strengster Bestrafung zu rechnen.

Ich habe in Istanbul mit Verwandten und Freunden aus Kurdistan gesprochen, die Opfer der Edbebenkatastrophe im Dezember 83 geworden sind. **Sie haben berichtet, welcher Mißbrauch bei der Erdbebenhilfe getrieben wurde.** Nachdem in einem Dorf 80 bis 100 Häuser total zerstört waren, haben die türkischen Kommissare in ihren Schadens-Feststell-Listen nur fünf bis zehn Häuser als teilweise zerstört gemeldet. Da sich die Hilfe nach dem Schadensausmaß richtet, sind die meisten Erdbebenopfer leer ausgegangen. So gab es für Hunderte von Menschen oft nur fünf bis zehn Zelte, kaum Decken und unzureichende Notverpflegung. Viele mußten also im Freien im Schnee übernachten und sind erfroren, andere sind verhungert. Wenn man gegen die Lügen der Kommissare protestierte, gab es im günstigsten Fall die Antwort: Das alles sei Befehl von oben!

Weiter berichtete mir mein Freund, wie türkische Soldaten der dritten Armee in kurdische Dörfer eingefallen sind, die die Freiheitskämpfer unterstützen und dort Razzia machten. Bei Nacht und Nebel drangen sie in die Häuser ein, vergewaltigten die Mädchen und Frauen, raubten Wertsachen und Familien-Erbstücke und verlangten eine bestimmte Menge von Gewehren und Munition, unabhängig davon, ob diese Menge überhaupt vorhanden war oder nicht. Wenn die geforderte Menge nicht aufzutreiben war, wurden die Erwachsenen auf brutalste Weise gefoltert und verschleppt. Es kam sogar vor, daß die Bauern der Dörfer irgendwo illegal Gewehre kaufen, um die geforderte Menge abliefern zu können und so der Folter zu entgehen.

Bei ein paar kurdischen Freunden, die nur vorübergehend auf Arbeitssuche in Istanbul waren, war ich eingeladen. Sie lebten zu zehn Personen in einer „Zwei-Zimmer-Wohnung", also je fünf Menschen auf 6qm Wohnfläche. Der Grund: Diese Wohnung kostete nur 20000 TL (türkische Lira = 200,— DM) im Monat. Da aber ein Vollbeschäftigter im Monat nur 15-20000 TL verdient, mußten sie alle zusammenlegen. Sie hatten keine Chance, von irgendwoher Hilfe zu bekommen, im Gegenteil: Wenn sie über ihre hoffnungslose Lage klagten, bekamen sie zur Antwort: Ihr Scheiß-Kurden, ihr habt bei uns in Istanbul nichts zu suchen, geht doch zurück, wo ihr hergekommen seid. Aber was hätten sie zu Hause arbeiten sollen. Außer Waffenschmuggel und anderen gesetzwidrigen Tätigkeiten gab es keine Arbeit.

Ein 45jähriger Familienvater nahm mich in die Arme und sagte zu mir: Mein Sohn, erzähle in Deutschland von deinen Brüdern, die hier in der Hölle leben; erzähle, wo du hingehst, von der Folter und von der Unterdrückung, erzähle den Brüdern in Deutschland, wie es den Brüdern in der Türkei geht. Ich merkte, daß er ein Gedicht sprach, aber seine Stimme zeigte mir, daß er es ernst meinte und seine Hoffnung auf Frieden und Freiheit noch nicht aufgegeben hatte. Es war wie ein Traum von ihm, endlich aus dieser Hölle befreit zu werden.

Und dann erzählte er von seiner Heimat, wo es noch schlimmer ist. Die türkischen Soldaten haben keinen Demokraten, keinen Freiheitskämpfer mehr in seinem Dorf übriggelassen. Ein paar Tage vor seiner Flucht — so erzählte er — habe er mitansehen müssen, wie ein türkisches Killer-Kommando einen alten Mann und seine Frau auf dem Dorfplatz stundenlang prügelte, weil sie nicht wußten, wo ihre Söhne sich versteckt hielten. Während der Familienvater mir das alles erzählte, war er verzweifelt und wütend.

Ob es denn nach der Regierungsübernahme durch General Evren nicht besser geworden sei, wollte ich von meinen Freunden wissen. Es habe sich nichts geändert, wurde mir gesagt. Das demokratische Masken tragende Militär habe nur die alten militärischen Faschisten durch neue zivile Faschisten ersetzt. Folter und Unterdrückung jeglicher Opposition gingen nach wie vor unvermindert weiter. Der Kampf um die Menschenrechte müsse darum ebenfalls weitergehen. Allerdings gebe es keine Einigkeit darüber, wie dieser Kampf erfolgreich fortgeführt werden könne. Mir sind Menschen begegnet, die im vertrauten Kreis so und ähnlich gesprochen haben.

Ein letztes Problem möchte ich noch kurz anführen. **Ich habe in Istanbul Landsleute kennengelernt, die vom deutschen Staat die „Hau-ab-Prämie" kassierten und in die Türkei zurückgekehrt sind.** Einer sagte: Ich war in Deutschland ein Ausländer, aber hier in der Türkei behandeln sie mich noch schlechter. Meine drei Kinder sind mehr Deutsche als Türken, sie werden überall abgelehnt. Auch ich kann mit der türkischen Mentalität nicht mehr so recht leben, weil meine Kinder zu deutsch sind oder ich mich zu europäisch kleide, bin ich hier der letzte Dreck. Ich bin außerdem seit meiner Rückkehr arbeitslos. Und was soll ich mit der Prämie anfangen? Wenn ich ein Haus kaufe, ist das Geld weg und ich kann das Haus als Arbeitsloser nicht mehr verhalten. Wenn ich mein Geld verbrauche ist es in kürzester Zeit ebenfalls weg. Alle meine Bekannten und Verwandten erhoffen von mir eine finanzielle Hilfe. Wenn ich ein kleines Geschäft anfange, bin ich in kurzer Zeit bankrott, wie viele meiner Bekannten. Ich sehe überhaupt keine Zukunft. Nur Allah könnte mir noch helfen, aber der ist auch nicht mehr das, was er einmal war. So die Klagen des heimgekehrten Landsmannes. Und ich muß gestehen: Ich kehrte ebenso deprimiert nach Deutschland zurück, einerseits froh, in der BRD leben und arbeiten zu dürfen und andererseits traurig, für mich keine Zukunft in der Türkei erkennen zu können.

Vielleicht können meine Urlaubs-Eindrücke aber dazu beitragen, die Situation vieler türkischer Menschen besser zu verstehen. Und wenn Deutsche selbst als Urlauber in die Türkei fahren, dann sollten sie sich wenigstens vor Augen führen, daß die wunderschönen Kulturdenkmäler und Badestrände sowie die militärisch erzwungene Ordnung nur die eine Seite der türkischen Medaille sind, während die menschenunwürdigen Lebensumstände der Mehrheit und die Unterdrückung der Freiheit die weit wichtigere Seite darstellen. Wer in Deutschland für die Verwirklichung der Menschenrechte eintritt, der muß wissen, daß vom menschlichen Standpunkt aus mit der Schlagwort „Türken raus" weder den deutschen noch den türkischen Menschen wirklich geholfen ist, auch nicht durch „Hau-ab-Prämien".

KARL LIEBKNECHT

Untrennbar mit dem Friedenskampf der Arbeiterbewegung verbunden ist der Name Karl Liebknecht. Drei kurze Passagen von und über den Mitbegründer der Kommunistischen Partei, der im Januar 1919 von der Reaktion ermordet wurde, drucken wir im folgenden ab.

„Imperialismus und Krieg oder Sozialismus und Frieden" ist ein Artikel Liebknechts vom April 1918, der Text „Zur Sache" ist das Vernehmungsprotokoll nach Liebknechts Verhaftung am 1. Mai 1916, als er mitten im Krieg auf einer Maikundgebung auftrat, der Text von Lenin ist aus dem „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas" vom Januar 1919.

Aus dem Zuchthaus Luckau
Imperialismus und Krieg oder Sozialismus und Frieden

Was ist der Inhalt der Gegensätze, die bisher zum Kriege trieben und immer wieder treiben werden, solange sie bestehen? Die kapitalistische Weltkonkurrenz zwischen den verschiedenen staatlich zusammengefaßten Interessengruppen, zwischen den verschiedenen imperialistischen Systemen um die Reichtümer (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Absatzmärkte, Anlagegebiete) der Erde.

Also heben wir diese kapitalistische Konkurrenz auf, machen wir die Reichtümer der Erde zu einer gemeinsamen Angelegenheit der ganzen Menschheit! Ersetzen wir die kapitalistische Gesellschaft, die die Menschheit in Klassen und sich zerfleischende Räuberhorden auseinanderreißt, durch die sozialistische Gesellschaft, die die Menschheit versöhnt und zusammenschließt!

Diese Internationale der Zukunft, die triumphierende, zu schaffen, ist Aufgabe der Internationale der Gegenwart, der kämpfenden Internationale.

Das Mittel dazu ist die soziale Revolution, die allein nicht nur jetzt den Frieden bereiten, sondern auch die künftigen Kriegsursachen ausrotten kann.

Wer das Ziel will, muß das Mittel wollen.

Imperialismus und Krieg — oder Sozialismus und Frieden — kein Drittes gibt s.



Zur Sache

Die bei mir vorgefundenen Handzettel und Flugblätter sind mir bekannt. Ich habe diese Zettel und Flugblätter verbreitet, soweit ich dazu Gelegenheit hatte. Ich gebe auch zu, daß die bei mir vorgefundenen 120 Handzettel und 1340 Flugblätter zur Verbreitung bestimmt waren. Über die Herkunft der Handzettel und Flugblätter verweigere ich die Auskunft. Ob der auf dem Flugblatt verzeichnete Drucker- und Verlegervermerk fingiert ist, kann ich nicht angeben. Am Abend des 1. Mai begab ich mich zum Potsdamer Platz, um mich an der Maidemonstration zu beteiligen. Ich traf dort verschiedene Gesinnungsgenossen, deren Namen anzugeben ich mich aber weigere. Ich gebe zu, am Abend des 1. Mai in der Menge mehrmals „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" gerufen zu haben. Ich wollte damit meine Überzeugung öffentlich bekunden, daß es Pflicht der Regierung wäre, den Krieg zu beenden, und daß es Aufgabe des Volkes ist, einen entsprechenden Druck auf die Regierung auszuüben. Ich bin nicht der Ansicht, daß ich mich durch derart öffentliches Auftreten strafbar mache. Ich halte dies vielmehr für meine Pflicht gerade im Interesse der großen Masse des deutschen Volkes wie auch der Bevölkerung sämtlicher anderen kriegführenden Staaten, in denen meine politischen Gesinnungsfreunde in gleichem Sinne tätig sind wie ich in Deutschland.

v. g. u. gez. Karl Liebknecht

g. w. o. gez. Neumann, Kriminalkommissar, Zeuge: Klöber, Krim-Schutzmann 3695

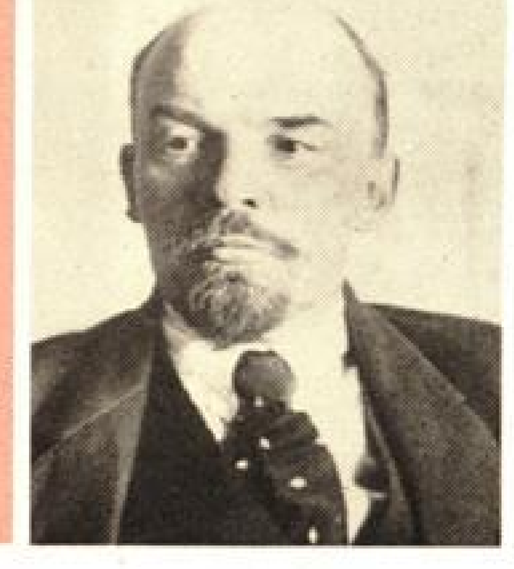
Primer Concurso Internacional de Caricatura Antimperialista -TANA-

José Luis Hernández Espíndola (México)

(Gedruckt in Managua, Nicaragua 1984)

Ein Beitrag des Mexikaners José Luis Hernandez Espinola zum ersten internationalen antiimperialistischen Karikaturenwettbewerb.

Lenin Über Karl Liebknecht



... Karl Liebknecht, dieser Name ist den Arbeitern aller Länder bekannt. Überall, und besonders in den Ländern der Entente, ist dieser Name das Symbol der Hingabe eines Führers an die Interessen des Proletariats, der Treue zur sozialistischen Revolution. Dieser Name ist das Symbol des wirklich wahren, des wirklich opferbereiten, schonungslosen Kampfes gegen den Kapitalismus. Dieser Name ist das Symbol des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus nicht in Worten, sondern in der Tat, eines Kampfes, der gerade dann zu Opfern bereit ist, wenn das „eigene" Land von dem Rausch imperialistischer Siege erfaßt ist. Mit Liebknecht und den „Spartakusleuten" geht alles, was unter den Sozialisten Deutschlands ehrlich und wirklich revolutionär geblieben ist, alles, was an Bestem und Überzeugtem im Proletariat vorhanden ist, die gesamte ten Massen der Ausgebeuteten, unter denen die Empörung brodelt und die Bereitschaft zur Revolution wächst.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.